

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Abgehoben in die Postbetriebskosten Nr. 6482.

Der Proletarier

Einzelgenpreis: 50 Pf. für die 8 gepost. Postteile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 558 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Wey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rotholzstr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Zur Eröffnung unserer Verbandschule. Von den Wanderkursen zum eigenen Schulheim.

In seiner Sitzung vom 13. Januar 1925 beschloß der Hauptvorstand auf Antrag des engeren Vorstandes, für die Verbandsfunktionäre Schulungskurse einzurichten, und zwar zunächst in Form von Wanderkursen, die in den verschiedenen Gauen abgehalten seien. Hauptvorstandsmitglieder sollen nebenamtlich die Lehrtätigkeit bei den Wanderkursen ausüben. Die Kurse sollen je eine Woche dauern. Als Vortragstoff sollen behandelt werden: Betriebsratgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach GG. und BGG, Einführung in die Volkswirtschaft, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Sozialversicherung. Später wurden noch Vorträge über Massenwesen und Buchführung in den Verwaltungsstellen des Verbandes hinzugenommen.

Schon der Verlauf des ersten Schulungskurses in Hannover vom 16. bis 21. Februar 1925 zeigte, daß diese Kurse einem längstgefühlten Bedürfnis entsprachen. Und in dem gleichen Maße, wie durch die heimkehrenden Schulteilnehmer Art, System und Ergebnisse unserer Verbandschule unter den Funktionären und geistig regsamern Mitgliedern bekannt wurde, vervielfachte sich der Ruf: Laßt recht viele unserer Verbandsmitglieder an diesen Kursen teilnehmen. Die Weiterbildenden hatten sofort erkannt: Mit dieser Art Schulung eines erheblichen Prozentsatzes unserer Mitgliedschaft erhält die Organisation ein massives Fundament.

Der Hauptvorstand hat dem Rufe auf Heranziehung eines möglichst großen Funktionär- und Mitgliederkreises Rechnung getragen. Vom 16. Februar 1925 bis zum 12. Februar 1927 wurden in verschiedenen Städten des Reiches 28 Kurse von je einer Woche Dauer mit 892 Teilnehmern abgehalten. Dank und Anerkennung sind dafür dem Hauptvorstand und dem Lehrkörper in reichlichem Maße zufließen geworden. Aber auch die Kritik hat nicht geschwiegen, und sie kam einmütig zum Ausdruck gegenüber dem Verhältnis der Kursdauer und der Fülle des Lehrstoffes. In dieser Auffassung waren allerdings die Hörer mit den Lehrern einer Meinung. In diesem Zusammenhang ist ein Mahnruf des Kollegen Storch (Wiesdorf) recht beachtenswert, den er als Teilnehmer des Viefelsfelder-Kurses im Februar 1927 in seinem Rückblick über den Lehrgang („Proletarier“ Nr. 9, 1927) an die Verbandsleitung richtete. Nachdem er für eine Erweiterung der Lernmöglichkeit eingetreten, führte er aus:

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir mit unseren besten Kräften, die uns jetzt unterrichten, nicht Raubbau treiben dürfen. Abgewirtschaftet ist bald, eine erste Kraft aber nicht gleich wieder ersetzt. . . . Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, die bei Verbindung zwischen praktischer gewerkschaftlicher Betätigung und Lehrtätigkeit doch eine Schonung der Kräfte ermöglichen, damit wir diese Kollegen nicht frühzeitig wegen Aufreißung einbüßen. Wir brauchen sie.

Einig waren Hörer und Lehrer auch in dem Wunsche auf Schaffung eines Internates. Von Kursus zu Kursus wurde der Mangel an Wohnraum in Restaurationen schwerer empfunden. Der ganze Schulbetrieb litt darunter empfindlich. Schwer vermißt wurde insbesondere die Möglichkeit der Erholung während der Mittagspause und der schriftlichen Niederlegung des Gehörten im stillen Heim. In dieser Beziehung ist nun durch die Schaffung unseres Schulheims in Wennigsen Wandel geschaffen, zugleich ist die Dauer der Einzelkurse auf 14 Tage ausgedehnt. Wohl hat im Interesse der Hörer eine Erweiterung des Lehrstoffes stattgefunden, aber das Tagespensum ist erträglicher als früher. Die reine Lehrtätigkeit ist von 7½ auf 6 Stunden und Tag herabgesetzt. Die Zwischenpausen sind von ¼ auf ½ Stunde erhöht.

Die Tatsache der Schaffung einer eigenen Verbandschule nach den reichlichen Erfahrungen im Verlaufe von zwei Schuljahren, ist eine Bestätigung dafür, daß diese Schule ein notwendiger Bestandteil unseres Verbandes geworden ist. Unsere Funktionäre brauchen heute besseres geistiges Rüstzeug

als in der Vorkriegszeit, da noch zu sehr das rein agitatorische überwog. Wir wissen, es vollzieht sich langsam aber mit unbedingter Folgerichtigkeit die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Hierbei ist die organisierte Arbeiterschaft intensiv tätig, d. h. sie gestaltet das werdende mit. Im geistigen Ringen der widerstreitenden Faktoren kommen wir mit primitiven Agitationsargumenten nicht weiter. Es gilt qualifizierte Hirne zu schaffen, und hierbei will unsere Verbandschule ihr bescheidenes Teil mithelfen. Die Funktionäre

zu machen, ist eine der Aufgaben, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Sie ist insbesondere Pflicht derjenigen, die für das Gedeihen und die Fortentwicklung des Verbandes und der Gewerkschaftsbewegung verantwortlich sind. Immer mehr werden die Gewerkschaften mit dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Arbeiterklasse verflochten. Immer größer wird ihr Einfluß auf die gesamte soziale Entwicklung. Dieser wachsenden Bedeutung der Gewerkschaften muß eine zweckmäßige Bildung und Schulung der Funktionäre gerecht werden. Aus den eigenen Reihen, aus den breiten Massen der Mitgliedschaft müssen sich die Gewerkschaften die Kräfte heranziehen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, Kräfte, die sich nicht abdrängen lassen von dem Wege, den die Gewerkschaften zwangsläufig gehen müssen. Hierzu gehört ein klares Erkennen der Grundlagen der Organisationsarbeit, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen. Verkennen wir auch nicht die Schwierigkeiten, die der erfolgreichen Willburgs- und Schulungsarbeit entgegenstehen. Sie sind nicht gering. Sie liegen nicht zum wenigsten in der mangelhaften geistigen Schulung, die der kapitalistische Staat den Kindern der Arbeiterklasse angedeihen läßt, der sie nicht nur oft genug mit ganz kümmerlichem Wissen aus der Schule entläßt, sondern auch das Streben nach Bildung schon in frühester Jugend in ihnen ersticht. Die Schulungskurse unserer Verbandschule bringen hier neben zweckmäßiger Wissensübermittlung Anregung zum geistigen Weiterstreben. Sie sind Funken, die neue Geistes- und Willensenergien auslösen.

Es war übrigens bei Schaffung der Schule ein den Hauptvorstand leitender Gedanke, die Teilnehmer nicht zu bilden im eigenen persönlichen Interesse, nicht zum Zwecke ihres besseren Fortkommens, sondern sie zu Schulen im Interesse der Mitgliedschaft, die sie zu vertreten haben, im Interesse der Arbeiterschaft überhaupt. Wir wollen unsere Hörer — soweit es in unseren Kräften steht — befähigen, dem Gegner mit trefflicheren, sachlichen Argumenten gegenüberzutreten, und die gesetzlichen Rechte sozialpolitischer Art voll auszuwerten für die Berufskollegen. Der Dienst der Funktionäre sei Dienst an unserer Mitgliedschaft, an der Arbeiterklasse. Wir wollen versuchen, unseren Hörern einen festen, sicheren Boden zu geben, von dem aus sie ihre Tätigkeit für den Verband entfalten können. Sie sollen erhalten die notwendigsten Kenntnisse über die geschichtliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und über die Bedingungen dieser Entwicklung. Sie sollen kennen lernen die bewegenden Grundgesetze der kapitalistischen Wirtschaft. Es soll ihnen vermittelt werden die klare Einsicht in das Werden und Wesen der Gewerkschaften als eines notwendigen Produktes der bestehenden Wirtschaftsordnung. Eine Festigung unserer Grundanschauung von Wirtschaft und Gesellschaft soll jeder Hörer mit nach Hause nehmen. Die Teilnehmer unserer Schule sollen lernen, sich mit einiger Sicherheit auf dem Boden des Rechts zu bewegen, um unserer Mitgliedschaft behilflich zu sein, sich das äußerst mögliche in sozialer Beziehung zu sichern. Selbständigkeit des Urteils und damit größere geistige Unabhängigkeit sollen sich als Resultat der Schule ergeben. Das seitherige einträchtige Zusammenwirken von Lehrer und Hörer, der harmonische Ausklang eines jeden seitherigen Kurses, gibt Gewähr für die Weiterentwicklung unseres Verbandschulwesens auf gleicher Bahn.

Am 11. September öffnen sich die Pforten unseres Schulheims in Wennigsen. Nach den gemachten Erfahrungen dürfen wir vortäuschen, daß in der eigenen Schule der gleiche gute Geist wehen wird, wie es seither üblich war. Unseren wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die zunächst ansernwünscht sind, Hörer zu sein, rufen die Verbandsinstanzen und das Lehrerkollegium ein herzlich willkommen in Wennigsen zu.

S. Prall



Unsere Verbandschule in Wennigsen a. D. (Hauptgebäude.)



Unsere Verbandschule in Wennigsen a. D. (Schülerheim und Schule.)

aussehen, daß in der eigenen Schule der gleiche gute Geist wehen wird, wie es seither üblich war. Unseren wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die zunächst ansernwünscht sind, Hörer zu sein, rufen die Verbandsinstanzen und das Lehrerkollegium ein herzlich willkommen in Wennigsen zu.

Von den Fähigkeiten der Verbandsfunktionäre, von ihrem Wissen und Können, von der Energie des Geistes und des Willens, den sie in dem Vorwärtstreiben der gewerkschaftlichen Idee in den Betrieben und in der Öffentlichkeit aufzubringen imstande sind, hängt im wesentlichen der Fortschritt des Verbandes ab. Diese geistigen und willensmäßigen Energien zu wecken, sie zur Arbeit für die Organisation, für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung geeignet und reif

aussehen, daß in der eigenen Schule der gleiche gute Geist wehen wird, wie es seither üblich war. Unseren wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, die zunächst ansernwünscht sind, Hörer zu sein, rufen die Verbandsinstanzen und das Lehrerkollegium ein herzlich willkommen in Wennigsen zu.

Unser Jahrbuch 1926.

Das Jahrbuch des Fabrikarbeiter-Verbandes für das Jahr 1926 ist soeben erschienen, ein stattlicher Band von 374 Seiten. Von Jahr zu Jahr wird das Jahrbuch umfangreicher, was einerseits auf die Vertiefung der Organisationsarbeit nach innen, auf die ständig wachsende Verflechtung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft mit dem Verbande, andererseits aber auch auf die Erweiterung des Organisationsgebietes nach außen zurückzuführen ist. Das Jahrbuch bezieht sich nicht mit der Darstellung der eigenen gewerkschaftlichen Leistungen des Verbandes, sondern es gibt auch einen Überblick über die weltwirtschaftlichen und welpolitischen Zustände, über die Wirtschaftslage des In- und Auslandes, über die machtpolitischen Strömungen in Wirtschaft und Staat, Faktoren, von denen das Ergebnis der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Verbandes in sehr hohem Grade abhängt. Ein Stück Zeitgeschichte wird in dem Jahrbuch dargestellt, von dessen Hintergrund sich die gewerkschaftliche Arbeit der Organisation, die Bestrebungen zu ihrer Weiterentwicklung abheben. Das Studium des Jahrbuches rückt noch einmal alle Hindernisse in schärfer Beleuchtung, lehrt uns verstehen, warum das Jahr 1926 keinen vollen Erfolg den Gewerkschaften bringen konnte, und der Kampf gegen die Wirtschaftskrise und deren Folgeerscheinungen alle Kräfte in Anspruch nahm. Sehr wichtiges Tatsachenmaterial wird den Verbandsfunktionären unterbreitet über Wirtschaft-, Sozial- und Steuerpolitik, über den Kampf der Gewerkschaften für die Arbeitsbeschaffung, zur Minderung der Arbeitslosigkeit, über den Gang der kapitalistischen Entwicklung, über Kapitalkonzentration, über die Wirtschaftslage in den einzelnen Industrien usw.

Sehr wichtig ist auch das Kapitel: "Die Entwicklung des Verbandes", in der eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Fabrikarbeiter-Verbandes, die Verschmelzung mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter, der Übertritt der Lippischen Ziegler, die Errichtung des Keramischen Bundes und die damit zusammenhängenden Ereignisse der Zeitfolge nach dargestellt wird. Dieses Kapitel ist nicht nur für unsere Verbandsangehörigen von Belang, sondern auch für alle, welche die Weiterentwicklung und organisatorische Umformung der Gewerkschaftsbewegung verfolgen. Dieses dürfte um so mehr der Fall sein, weil dieser auf freiwilliger Vereinbarung beruhende gewerkschaftlicher Zusammenschluß von allen Beteiligten als voller Erfolg gewertet wird. Für alle Freunde der Gewerkschaftsbewegung ist es sehr erfreulich, wenn in den Betrachtungen über die im Krisenjahr 1926 wenig günstige Mitgliederbewegung die Festigung der Organisation hervorgehoben und darüber u. a. im Jahrbuch gesagt wird:

Der Glaube an die Organisation ist fester, das Vertrauen zu Stärke und Leistungsfähigkeit größer geworden. ... Innehmende Einigkeit der breiten Mitgliederkreise in das Wesen der Organisation, ihren Aufgabenkreis und die erreichbaren Ziele führte zu einem besseren Zusammenarbeiten und Verständnis zwischen Funktionären und Mitgliedern. ... Im allgemeinen ist die günstige

Entwicklung in der stetigen Wandlung vom oppositionellen Rohmaterial zu verständiger Mitarbeit im Rahmen der politischen inneren der Organisation weiterhin gewachsen!

Alle die im Jahrbuch gegebenen Berichte über Verbandsvermögen, finanzielle Entwicklung des Verbandes, Unterhaltungsweisen, über die Entwicklung des Verbandes in den einzelnen Bezirken und Industriezweigen, über die Bildungs- und Jugendarbeit, über Betriebsstellen und Rechtsfragen, Angelegenheiten, über Lohn- und Tarifwesen usw., alles das ist für jeden Verbandsfunktionär von großer Wichtigkeit. Das Jahrbuch ist ein Rechenschaftsbericht großen Stils über die geleistete Verbandsarbeit. Es verdient des gründlichen Studiums aller derjenigen Mitglieder, die an dem Aufstieg unseres Verbandes arbeiten. O. R.

Empor!

Empor aus dunklen Tiefen! Empor und in die Welt! Empor und in der Menschheit kämpferisches Glied gestellt!

Das Erz wirft seinen Schimmer hellblühend um dich her;

du hast die Kraft zu schauen, kein Blinden bist du mehr.

Du weißt, was deiner Leiden nachschwarzes Graun erzeugt;

du kannst die Faust erkennen, die dich erwidrigend beugt.

Du kannst die Faust erfassen, wo sie zu lähmen ist, daß sie das Menschenwürgen von Qual durchkrampt vergift ...

O fleige aus den Tiefen, o schene keiner Schweigt! Die Waffe, die dich rettet, wird deiner Mähen Preis! Magst du sie sonst verfluchen, hier lohnt die Übersticht: das Wissen ist die Gottheit, die Bahn zum Glücke bricht.

Franz Niedertich.

Höhere Löhne statt Sozialversicherung?

Seitdem Erkelenz, der Führer der Hirsch-Dankerschen Gewerkschaften, wenn auch in etwas anderer Motivierung, die obige These vorgebracht, benötigen sie die deutschen Unternehmer wieder stärker als Waffe gegen die gesamte Sozialversicherung. Sie spekulieren dabei auf die Harmlosigkeit und Unzulänglichkeit einer unaufgeklärten Masse. Leider gibt

es, auch nach dem Weltkrieg und nach der Revolution Millionen von Werkslügen, die unter diesem Begriff zu rechnen sind. Man hat sich bei diesem Kampf einmischen lassen, wie raffinierten Diebs. Anders kann man wohl kaum die neue Unternehmerrhetorik bezeichnen. Sie lautet ungefähr so:

Unsere Wirtschaft leidet an der mangelhaften Kaufkraft der Masse. Diese Kaufkraft nun zu heben und zu stärken ist Notwendigkeit. Die Gewerkschaften verlangen hierzu: Erhöhung der Löhne! Das ist theoretisch richtig, aber praktisch unmöglich, weil angeblich zu viel Geld für soziale Beiträge hingegeben wird. Um diese Beiträge aber können die Löhne erhöht und damit die Kaufkraft gehoben werden, wenn die Sozialversicherung nicht wäre. Also fort mit allen sozialen Beiträgen. Wenn der Arbeiter 20 bis 25 Prozent höhere Löhne hat, dann braucht er, nach Auffassung der Unternehmer, keine soziale Fürsorge, dann ist er in der Lage, sich selbst zu versichern und sich vorzulegen. Verblüffend einfach; aber ...

Erstens ist hier übersehen, daß die sozialen Beiträge ja auch wieder in Gestalt von Bezügen an Krankengeld, Invalidenrente oder Pensionen sich in Kaufkraft umwandeln, weil sie ja ebenfalls als unbedingt notwendiges Einkommen bezogen werden. Sie würden also, an die Arbeiter direkt ausbezahlt, nur eine Verschiebung der Kaufkraft, nie aber deren Vermehrung bedeuten. Das gilt wenigstens volkswirtschaftlich gesehen. Die Unternehmer spekulieren hierbei natürlich auf den Eigenruhm der Arbeiter, die sich davon wenigstens eine Hebung der persönlichen Kaufkraft versprechen dürften. Aber selbst hierbei würden sich diese Arbeiter gar sehr bald als die Geprellten sehen.

Es ist aber auch nicht wahr, daß bei einer Lohnerhöhung im Ausmaße der heutigen sozialen Beiträge bei Wegfall der Sozialversicherung die Arbeiter sich durch Selbsthilfe gegen Krankheit und Invalidität helfen könnten. Zum Beweise folgendes:

Die Löhne und Gehälter der großen Masse der deutschen Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) sind für den allergrößten Teil noch so niedrig, daß durch eine 20- bis 25-prozentige Erhöhung der Einkommen kaum ein normales Auskommen geschaffen wäre. Das eigene, persönlich-freiwillige Vorsorgen also, auf gut deutsch, die im Anschluß an solche Erhöhung erwartete Sparfähigkeit, würde noch ein so großes persönliches Opfer darstellen, daß es weiten Schichten nicht möglich wäre, sich irgendeine kleine finanzielle Reserve zu schaffen, zumindest nicht in dem Grade, um sich gegen jegliche soziale Unbill versichert zu halten im Ausmaße der heutigen Sozialversicherung. Man vergleiche hierzu nur die nachfolgenden Zahlen, die kürzlich das Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte. Von rund 15 Millionen Arbeit-

Unser Schulheim in Wennigsen a. D.

Die vom Vorstand veranstalteten Wanderkurse in den verschiedensten Städten Deutschlands mußten oft in unzureichenden Räumen abgehalten werden. Da meistens Gaststätten in Frage kamen, wurde der Schulbetrieb oft gestört. Nur die Orte Kärnberg und Jena wählten eine räumliche Ausnahme, weil auch in Kärnberg die Volkshochschule und in Jena ein Raum in der Universität zur Verfügung gestellt wurde. Anßer den mangelhaften Schulräumen ließ auch die Unterbringung der Kursteilnehmer und Lehrer viel zu wünschen übrig. Es entstand deshalb der Plan, ein eigenes Schulheim zu errichten. Bei der Suche nach geeigneten Grundstücken wurden wir auf ein Schulheim des Landkreises Linden bei Hannover in der Weandiger Mark aufmerksam gemacht. Der Landkreis hatte vor einigen Jahren Grundstücke erworben, um dort Kurse für jugendliche Erwerbslose abzuhalten. Die Verkauftungen konnten aber aus finanziellen Gründen nicht aufrecht erhalten werden. Deshalb war die Verwaltung geneigt, die Grundstücke zu verkaufen, wenn sie zu ähnlichen Zwecken verwendet würden.

Der Kauf der Grundstücke Wennigsen Markt Nr. 257 und 275 erfolgte im Februar d. J. Der Kreisrat des Landkreises Linden stimmte (mit Ausnahme der kommunikativen Kreisratsabgeordneten) dem Verkauf zu.

Auf dem Grundstück Nr. 275 befindet sich ein größeres Landhaus, das von dem Direktor einer Zündschurfabrik erbaut worden ist. Der Erbauer hat es sich wohl nicht träumen lassen, daß eine Arbeiterorganisation einmal das von ihm erbaute Haus zu Bildungszwecken ankauft. Anßer dem Landhaus ist noch ein Nebengebäude vorhanden. Auf dem anderen Grundstück befindet sich das Schulgebäude, bereits von dem früheren Besitzer als Schulgebäude ausgebaut, und ein kleineres Landhaus. Beide Grundstücke besitzen hübsche Vorgärten sowie große Gewässer und Obstgärten.

Unser Verbandsrat hat am 21. Februar 1927 ebenfalls einstimmig dem Ankauf zu und gab damit seine Genehmigung zur Errichtung eines Schulheims.

Das Schulheim liegt nur etwa 28 Kilometer von Hannover entfernt, am Fuße des Deisters, einem etwa 20 Kilometer langen Bergzücken, der bis zu 400 Meter Höhe ansteigt. Die Berge und Täler des Deisters bieten Gelegenheit für Spaziergänge und Wanderungen in der Freizeit. In landschaftlich schöner Lage bietet unser Schulheim einen schönen und angenehmen Aufenthalt. Von der Bahnstation Grotzen am Deister ist das Schulheim in knapp 15 Minuten zu erreichen. Anßer der Bahnverbindung ist auch die Benutzung der Straßenbahn Hannover-Barsinghausen möglich, nur ist dann der Fußweg etwa eine halbe Stunde lang.

Um die Gewinne dem Zweck entsprechend einzusetzen, mußte eine Reihe häufiger Veränderungen vorgenommen werden. Der Schulraum war ein über 17 Meter langer und 6,5 Meter breiter Saal, der in dieser Form höchst als Unterrichtsraum geeignet war. Aus diesem Grunde wurde eine Leihung vorgenommen, und ein Schulraum geschaffen von 19,5 Meter Länge und 6,5 Meter Breite, groß genug für 34 Kursteilnehmer bequem unterzubringen. Die alte Veränderung, um dem Schulgebäude ein gefälligeres Aussehen zu geben, wurden ebenfalls vorgenommen. Neben dem Schulraum befindet sich noch ein Aufenthaltsraum, 6,5 mal 6,5 Meter groß, der bei feinstem Wetter während der Unterrichtspausen sowie des Abends bei Arbeitgemeinschaften benutzt werden kann. Für den sonstigen Aufenthaltsraum ist für die Kursteilnehmer ein größerer Gesellschaftsraum vorhanden.

Das Nebengebäude auf dem Grundstück Nr. 275 wurde ausgebaut und enthält im Erdgeschoß die Wohnung des Schulleiters. Im 1. Stock und im Dachgeschoß sind je vier Zimmer eingerichtet. In dem Landhaus selbst wurde eine Badeanlage geschaffen, die Wannen- und Brausebäder enthält. Eigene Wasserleitungen mit elektrischem Antrieb sind auf beiden Grund-

stücken vorhanden. Der Keller des Landhauses enthält eine Abwassertochle, die Waderäume, die Kessel für die Zentralheizung und zwei Kellerräume. Im Erdgeschoß befindet sich die Küche, der Speisesaal, in dem bequem für 30 Personen gedeckt werden kann, ein Geschüßzimmer und eine Diele. Im 1. und 2. Stock sind neun Schlafzimmer mit 19 Betten eingerichtet. In jedem Stock sind zwei Zimmer eingebaut. Das Nebengebäude enthält außer der Wohnung des Schulleiters zwei Zimmer für die Lehrer, zwei Zimmer für das Personal und vier Zimmer für Kursteilnehmer mit 7 Betten. In dem kleinen Landhaus neben dem Schulgebäude sind außerdem noch vier Schlafzimmer für Kursteilnehmer mit 11 Betten vorhanden. Insgesamt stehen für die Kursteilnehmer 17 Schlafzimmer mit 37 Betten zur Verfügung. Anßer den Schlafzimmern sind noch genügend Räume zum Einnehmen der Speisen und zu sonstigem Aufenthalt vorhanden. Sämtliche Räume sind mit Zentralheizung und elektrischer Beleuchtung versehen. Ein geräumiges Luftbad bietet den Kursteilnehmern Gelegenheit, Luft- und Sonnenbäder zu nehmen. Turngeräte (Reck und Barren) sind im Luftbad vorhanden, um durch turnerische und rhythmische Übungen den ermüdeten Geist neue Spannkraft zuzuführen.

Einen Nachteil hat das Schulheim, der darin besteht, daß die beiden Grundstücke zirka 200 Meter auseinanderliegen. Dieser Nachteil muß in Kauf genommen werden, in Rücksicht auf sonstige Vorteile. Die gesamten Baukosten sind noch nicht zu übersehen, doch kann gerechnet werden, daß der Erwerb der Grundstücke nebst Instandsetz., Gas- und Umbau, vollständige Renovierung und Einrichtung des Saales von 125 000 Mk. nicht übersteigen wird. Damit haben wir ein Schulheim geschaffen, dessen verhältnismäßig niedriger Preis uns die Aufrechterhaltung leicht macht. Die Kosten für die bisherigen Wanderkurse waren sehr hoch, weil den Kursteilnehmern außer des einjährigen Arbeitsverdienstes noch ein ziemlich hohes Tagegeld bezahlt werden mußte, mit dem, zumal in größeren Städten, nicht besonders gut auszukommen war. Wenn wir die Verpflegung der Kursteilnehmer übernehmen, dann haben wir die Möglichkeit, gutes und reichliches Essen zu verabfolgen, und die Kosten für die Verpflegung der Kursteilnehmer und für den Unterhalt des Schulheims stellen sich trotzdem nicht höher, vielleicht so gar niedriger als die Ausgaben für die bisherigen Wanderkurse. Die vorzunehmenden Umbauten bedingen, daß der für August 1927 in Aussicht genommene Kursus ausfallen mußte. Bei aller Anstrengung war es nicht möglich, die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Räume rechtzeitig fertig wurden. Am 11. September 1927 beginnt der erste Kursus. Der Vorstand war bestrebt, das Schulheim mit dem nächsten zu verbinden. Er hofft, daß die im Schulheim geleistete Bildungsarbeit dazu beitragen möge, einen Stamm von Funktionären zu schaffen, mit deren Hilfe es möglich ist, die Organisation vorwärts zu bringen. Das errichtete Schulheim wird ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes sein. Otto Adler.

Die landschaftliche Umgebung unserer Verbandsschule.

Die landschaftliche Umgebung unserer Verbandsschule in Wennigsen a. D. ist äußerst reizvoll und geeignet, Wanderfreude anzuregen. Die Wennigser Mark, das stille Dörfchen, das unsere Verbandsschule heherbergt liegt in allerhöchster Kambarchaft des hübsch bewaldeten Deisters. Nur zwei Minuten Wanderung, dann sind wir schon im Schatten des Waldes, den die Waldberge in die Ebene hineinziehen. Und kehren wir unser Gesicht der Ebene zu, dann schweift unser Blick über das Calenberger Land, eine der schönsten Landschaften Norddeutschlands. Viele behäbige Dörfer liegen da in sehr fruchtbarer Gemarkung. Eine Wanderung zwischen den Feldern, wenn der weiche Sommerwind die reisenden Ernten jagt wie lässig springende Kammerherden, lehrt uns erkennen, daß die Natur den menschlichen Fleiß hier nicht karglich behält. Aber auch die fast völlig unkontrollierten, dicht be-

waldeten Felder erzählen uns von dem Fleiß ihrer Bedauer, und von jenen sorgeschulten landwirtschaftlichen Arbeitsschritten.

Der Deister, dessen bewaldete Höhen uns zu Wanderungen locken, ist ein zirka 25 Kilometer langer Gebirgszug. In seinem geologischen Aufbau ist die sogenannte Wealden-Formation vorherrschend, ein weicher Sandstein, der vielfach zu Repräsentationsbauten (Schloßparkhaus, Keineschloß, Neues Rathaus in Hannover und so weiter) Verwendung gefunden hat. Diese geologische Formation erhielt ihren Namen von dem englischen word, so genannt, weil diese Gebirgsflächen, die Ablagerungen eines früheren Binnenmeeres, mit herrlichen Laubwäldern bewachsen waren. Deshalb bezeichnet man auch die pleistozänischen Gebirgszüge Norddeutschlands mit norddeutscher Wealdenbildung. Von besonderer Merkwürdigkeit für die geographische Erforschung dieser Landschaft sind die dreizehigen Fußspuren eines vorgeschichtlichen Riesentieres, eines Dinosaurs, die man in dem Sandstein der benachbarten Rehburger Berge entdeckt hat. Man nimmt an, daß sie von dem Urjenseen jenes Riesens-Dinosaurs, dessen Knochengestalt man in den belgischen Wealden aufgefunden, herkömmt, der ähnlich dem Ränger der Gegenwart, auf den Hinterfüßen daherschritt. Eine Nachbildung des in Belgien aufgefundenen Riesens-Dinosaurs zeigt das Römer-Museum in Hildesheim.

Der Deister besitzt, wie dieses bei der Wealdenformation häufig der Fall ist, kohlenführende Schichten. Die Kohlenflöze sind allerdings nicht sehr ergiebig und stehen auch in bezug auf Qualität nicht besonders hoch, so daß in manchen Orten der seit Jahrhunderten von Jahren bestehende Kohlenbergbau eingestellt ist. Gegenwärtig wird nur noch in den staatlichen Bergwerken in Barsinghausen Kohle abgebaut.

Eine Kammerwanderung auf dem Deister ist sehr reizvoll. Hier genießt man eine außerordentlich schöne Fernsicht. Nach Norden erblickt man die in der Sonne aufleuchtende Wasserfläche des Eitelhuder Meeres, dessen Entstehen auf eiszeitlicher Gletscherwirkungen zurückzuführen ist. Die dunklen Wälder am nördlichen und nordöstlichen Horizont, deuten das große Gebiet der Hebelandschaft an, geographisch bekannt unter dem Namen Lüneburger Heide. Diese Landschaft, einst verödet als der Inbegriff alles Langweiligen und Häßlichen, ist jetzt das Ziel vieler Tausende von Großstadtmenschen, die sich in der Stille seiner dunklen Föhrenwälder, in der tiefen Einsamkeit von Heide und Moor neue Lebenskraft holen. Aus der Ebene nach Norden hin winken die Arme Hannovers herüber. Nach Süden und Westen liegen die Waldgebirge der Leine- und Weserlandschaft, ein abwechslungsreiches Berg- und Waldgebiet, das unterbrochen von fruchtbareren Tälern, sich nach Nordwesten bis zur Porta Westfalica bei Minden und darüber hinaus nach dem Teutoburger Wald hinzieht, während es nach Süden über die Bergzüge des Westfälischen Anschlusses findet an das mitteldeutsche Bergland.

In dem breiten Tale, das nach Westen hin der Gebirgszug des Eitelhuder Meeres offen läßt, da fließt die Weser, der deutliche aller Ströme, an der alten lagenunbewohnten Rattenfängerstadt Hameln vorüber. Ihre landschaftlich schöne Lage, der Reiz geschichtlicher Vergangenheit, der aus ihren alten schönen Bauten und ihren winkligen Gassen zu uns spricht, macht einen Besuch dieser alten schönen Stadt sehr lohnend. Nach Süden zu, da grühen die Hildesheimer Berge, zwischen denen das alte, schöne Hildesheim eingebettet liegt. Dahinter liegen die Vorberge des Harzes, und wer ganz gute Augen hat, der soll bei klarem Wetter sogar den Brocken erblicken können.

Die Täler, die zwischen diesen Gebirgszügen liegen, sind alle ungemein fruchtbar. Es ist eine Freude, durch die großen, prächtigen Dörfer zu wandern. Vor den Gehäusen stehen sehr oft mächtige Rußbäume, ein Merkzeichen großer Bodenfruchtbarkeit.

Viel Freude können wanderlustige und naturtrohe Besucher unserer Verbandsschule erleben, wenn sie in der Freizeit, die ihnen der Unterricht läßt, in die schöne Landschaft hinauswandern. Gustav Riemann.

... die der Invalidenversicherung unterworfen sind, verdienten (März 1927):

Table with 4 columns: Lohnklasse, Wochenlohn, Zahl der von Versicherung befreiten, im Durchschnitt Januar-März 1927 auf die einzelnen Lohnklassen. Includes sub-table for Reichsmark.

Von den deutschen Angestellten beziehen Monatsgehälter (Mark) Proz. der Versicherten

Table with 2 columns: Monatsgehalt (Mark), Proz. der Versicherten. Ranges from 50-100 to über 400.

Demnach gibt es rund 9,4 Millionen Arbeiter und Angestellte, deren Monatslohn weniger als 100 Mark beträgt.

Wir überlassen es der persönlichen Kunst der deutschen Arbeitgeber, den Nachweis zu erbringen, daß man bei solcher Einkommen, selbst eine 20-25prozentige Erhöhung voraussetzt, sich selbst gegen jegliche soziale Unbill schützen kann.

Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß es keinem nach der Probe gelüftet.

Von all dem abgesehen, wäre es, wie schon erwähnt, eine große Selbsttäuschung der Arbeitnehmer, anzunehmen, daß die direkte Auszahlung der sozialen Beiträge wirklich für sie eine Erhöhung ihres Einkommens bedeuten könnte. Man denke nur an den Kampf der Unternehmer gegen die „unerträglichen“ Soziallasten. Weiter berücksichtigt man die wütenden Angriffe der Arbeitgeber auf den „Luxus“ in der Arbeitslosenversicherung. Ebenfalls den ständigen Kampf gegen die „maßlos hohen“ Krankengelder, die zum „Krankselern anreizten“.

Papier-Industrie

Der Lohnanteil in der Papiererzeugungs-Industrie.

Die deutschen Papiererzeugungsindustriellen weisen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in dieser oder jener Form auf die „hohen Löhne“ hin, um die Preispolitik ihrer Syndikate, Kartelle und Konventionen zu rechtfertigen.

Auch Herr Geheimrat Dr. Konrad Rietzhammer, königlich sächsischer Kommerzienrat, Landtagsabgeordneter der Deutschnationalen Partei und Besitzer mehrerer sächsischer Papierfabriken und Holzschleifereien, gefällt sich hierin. Nach der „Papierzeitung“ Nr. 50/1927 hat Herr Rietzhammer in der „Illustrierten Jahreschau“ — Sonderbeilage des Dresdner Anzeigers — aus Anlaß der Dresdner Papierfachausstellung einen Artikel über die „Papierindustrie“ geschrieben.

Es folgen Betrachtungen über die Herstellung des Druckpapiers, dessen Preissteigerung jetzt gegenüber dem Preise unmittelbar vor dem Kriege 40 Prozent beträgt, während die wichtigsten Posten der Kalkulation gegenüber den Vorkriegspreisen folgende Preissteigerungen aufweisen:

Table with 2 columns: Rohlen, Holz, Löhne, Frachten, Steine, Filze. Corresponding percentages: 66, 45, 145, 69, 70, 124.

Es ist also gelungen, die Preissteigerung des Fertigprodukts in Grenzen zu halten, die weit unter den Löhnen und fast ausnahmslos unter den Stoffen liegen, die zur Herstellung des Druckpapiers gebraucht werden.

Da der Faktor Arbeitslöhne in diesem Zusammenhang nicht näher erläutert wird, muß der Uneingeweihte beim Lesen solcher Zahlen auf den Gedanken kommen, daß besonders die eingetretene Lohnerrhöhung die wichtigste Ursache der Preissteigerung für Druckpapier bilden.

Nicht die absolute Höhe der Löhne, sondern ihr Anteil an den gesamten Herstellungskosten des Fertigfabrikats ist von Bedeutung für die Preisbildung.

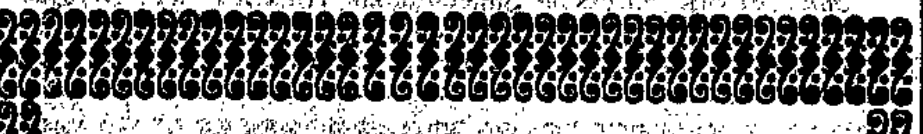
Katharina Krabl, die nach ihrem eigenen Vorwort die Unterlagen zu ihrem Buche „Kartellbewegung und Kartellprobleme in der deutschen papiererzeugenden Industrie“ aus Unternehmensreisen bezogen hat, schätzt in diesem Buche den Lohnanteil, einschließlich „Verschiedenes“ auf 5 bis 25 Prozent. Für eine zeitgemäß eingerichtete Papierfabrik mittelfeiner Papiere beträgt der Lohnanteil einschließlich „Verschiedenes“ 13 Prozent.

Man steht die Unternehmer scheuen sich selbst, den reinen Lohnanteil anzugeben und vermischen ihn mit dem Begriff „Verschiedenes“ ohne ihn zu definieren. Unserer Auffassung nach beträgt der Lohnanteil in der Druckpapierindustrie kaum 5 Prozent.

Vor einigen Wochen wurde noch von Arbeitgeberseite der durchschnittliche Lohnanteil in der Papiererzeugungsindustrie auf 16 Prozent angegeben.

In der Nr. 30 des „Papierfabrikant“ behandelt Oberingenieur Uthlein (Mannheim) die Selbstkostenerfassung in der Zellulosefabrikation. Uthlein berechnet die Selbstkosten einer Zellstofffabrik mit einer monatlichen Produktion von 1000 Tonnen Zellstoff und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Lohnanteil 7,7 Prozent und der Anteil der Gehälter 0,6 Prozent der Selbstkosten beträgt.

Damit ist der Beweis erbracht, daß der Lohnanteil in der Papiererzeugungsindustrie im Verhältnis zu den



Gebt der Jugend ausreichende Freizeit!

Freizeit ist Not! Übermäßige Arbeitszeit Jugendlicher schädigt ihre Gesundheit, gefährdet Deutschlands künftige Volkskraft. Jugend bedarf der Ruhe, um zu reifen an Leib, Seele und Geist.

Gebt der erwerbstätigen Jugend eine ihren Kräften angemessene Arbeitszeit von höchstens 48 Stunden und gewährt ihr einen jährlichen Urlaub von drei Wochen für 14- bis 16jährige, und zwei Wochen für 16- bis 18jährige Jugendliche.

(Forderung des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände.)



gesamten Selbstkosten und besonders zum Verkaufspreise eine untergeordnete Bedeutung hat.

Weiterhin kommt bei der Beurteilung der angeblich hohen Lohnsteigerungen seit 1913 hinzu, daß die Papiererzeugungsindustriellen die „unerhöht niedrigen Löhne der Vorkriegszeit gänzlich verschweigen. Die vom Fabrikarbeiterverbände durchgeführte statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Papiererzeugungsindustrie aus dem Jahre 1912 weist zum Beispiel für das damalige Königreich Sachsen folgende Stundenlöhne auf: 1. Papiermaschinengehilfen 24 bis 41 Pf., 2. Papiermaschinengehilfen 18 bis 35 Pf., Pressensteher 14 bis 29 Pf.

Im ähnlichen Verhältnis befanden sich auch die Löhne der übrigen Facharbeiter. Die Löhne der ungelerten Arbeiter standen noch darunter und die der Arbeiterinnen schwankten zwischen 11 und 40 Pf., wobei es sich in der Hauptsache um Akkordverdienste handelte.

Diese außerordentlich niedrigen Friedenslöhne waren in der Kaufsache dem schlechten Organisationsverhältnis der Papierarbeiterschaft in der Vorkriegszeit zuzuschreiben. Beachtet man diese Tatsache, so ergeben die Lohnsteigerungen in der Papiererzeugungsindustrie gegenüber der Nachkriegszeit den Beweis von der segensreichen Tätigkeit der Berufsorganisation der Papierarbeiter, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Die Unternehmer und die bürgerlichen Kritiker der angeblich hohen Löhne sollten aber auch nicht vergessen, daß nur steigende Arbeitslöhne zu einer Steigerung der Volkswohlfahrt führen. Diese Tatsache muß selbst das Unternehmertum anerkennen.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Holzstoff-Fabrikanten in Breslau führte nach der „Papierzeitung“, Nr. 52/1927, der Vorsitzende, Kommerzienrat Bretschneider, u. a. folgendes aus:

Die Handelsholzschleiferei leidet an Übererzeugung, und auch ihre Abnehmer, die Papierfabriken, haben infolge der steigenden Produktionskapazität Sorgen wegen des häufigsten Absatzes. Der inländische Absatz ist zwar steigungsfähig, da der Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Drittel des entsprechenden Verbrauchs in den Vereinigten Staaten Amerikas beträgt, aber die Steigerung hängt vom Steigen des Wohlstandes ab.

Herr Bretschneider sagt damit der organisierten Arbeiterschaft gewiß nichts Neues, aber würde er den Gedanken von dem Steigen des Wohlstandes zu Ende denken, dann müßte er recht bald zu der Überzeugung kommen, daß hohe Unternehmergewinne nicht die Wirkung haben, die Kaufkraft der breiten Volksmassen zu steigern.

Wir werden auch in der Zukunft den Kampf um höhere Löhne mit aller Energie weiterführen, um die Kaufkraft der Arbeiterschaft zu heben, die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes zu stärken und der Wirtschaft die volle Ausnutzung der Betriebe zu ermöglichen. In diesem Kampfe werden wir uns weder von den großen noch von den kleinen Schreibern über die angeblich hohen Arbeitslöhne führen lassen.

G. Stähler.

Frauenfragen.

Internationaler Arbeiterinnenkongress.

Für uns deutsche Arbeiterinnen sowie für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung besteht heute, wohl kein Zweifel, daß ein geheimer Sonderkongress für Arbeiterinnen eine dringende Notwendigkeit zur Erhaltung der weiblichen Arbeiterschaft ist. Deshalb sind wir auch bestrebt, weitere Verbesserungen auf diesem Gebiete für die arbeitenden Frauen zu schaffen. Immer ergibt sich natürlich die große Frage, wie man am besten einseitlich und praktisch vorgeht. Die kürzlich abgehaltene internationale Arbeiterinnenkonferenz nahm auch zu dieser wichtigen Frage vom Gesichtspunkt internationaler Einseitigkeit aus Stellung. Unsere dänischen Kolleginnen nahmen merkwürdigweise in dieser Frage eine Sonderstellung ein, wozu man nicht so einfach „zur Tagesordnung“ übergehen kann.

Ich glaube selbstverständlich nicht, daß die Vorkämpfer für den Sonderkongress der weiblichen Arbeiter in der bewußten Absicht, die Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, ihren Standpunkt gefaßt haben. Vielmehr glaube ich, daß Männer sowohl als Frauen hieraus mit Rücksicht darauf handeln, wie man den Arbeiterinnen am besten dienen kann. Sollte es aber auch so sein, daß der Zweck Selbstschutz wäre, und falls die Wirkung wirklich die sein sollte, daß die Frauen dann vom Arbeitsmarkt ferngehalten würden, so würde ich nichts dagegen einzuwenden haben, denn ich bin als „männlich“ genug zu meinen, daß es ein Glück wäre, wenn die Frauen zu Hause bleiben, das Haus hüten und die Kinder erziehen könnten, während der Mann der Versorger wäre. Wie sich aber die technische Entwicklung gestaltet hat, so wie die ganze soziale Entwicklung vorwärts geschritten ist, führt so kein Weg zu der Zeit zurück, wo es so war. Dazu kommt aber, daß die Frauen überall in der alten Welt in der Mehrheit sind. Schon in einem kleinen Land wie Dänemark mit seinen 3 Millionen Einwohnern gibt es 82 000 Frauen mehr als Männer. Noch schlechter stellt sich das Verhältnis, wenn man die Städte, d. h. die Industriegebiete, allein für sich nimmt, denn hier gibt es 105 000 Frauen mehr als Männer, 440 000 Frauen über 15 Jahre alt sind unverheiratet, davon sind 123 000 Witwen. Man muß sich dabei erinnern, daß hier gerade die Rede von einem Lande ist, welches sich in den Weltkrieg nicht eingemischt hat und das im übrigen in mehr als 60 Jahren keinen Krieg gehabt hat. Selbstverständlich stellt sich das Verhältnis weit größer in den Ländern, die in dem Weltkrieg mit dabei waren. Man sieht somit, daß es nicht nur die technische Entwicklung ist, welche den Frauen den Platz in der Fabrik anweist, sondern es die Mutter Natur ist, welche die Frauen zwingt, erwerbsmäßige Arbeit als Selbstversorger oder als Versorger von anderen zu übernehmen. Was durch eine stark entwickelte Sondergesetzgebung für Frauen geschieht, wird sein, daß die Frauen, um in der Konkurrenz folgen zu können, ihre Arbeitskraft noch billiger als sie es schon tun, verkaufen müssen.

Die dänischen Kolleginnen befürchten also, daß durch Sonderkongress für weibliche Arbeitnehmer letztere auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr genügend konkurrenzfähig sind. Die Frauen würden dann, um überhaupt Arbeit zu erhalten, ihre Arbeitskraft noch billiger verkaufen als bisher. Weiter sind sie der Ansicht, daß der Unternehmer auf Grund der höheren Ausgaben, ihn durch einen verbesserten Arbeiterinnenkongress entstehen, die „wenigkräftige“ durch Einbeziehung jugendlicher männlicher Arbeiter in den Produktionsprozeß ausschaltet. Es würde dadurch den Frauen jährläufige Wirtschaftskrisen verschlossen, und der Zustand in den übrigen würde vom Unternehmer mit Hungerlöhnen abgepaßt. Demgegenüber haben wir zu bemerken, daß in allen Industriezweigen, wo die Frau als Erwerbstätige eingebunden ist, es sich der Unternehmer leicht überlegen wird, ob es wirklich in seinem Profitinteresse liegt, wenn er die weiblichen Arbeitskräfte durch jugendliche Arbeiter ersetzt. Andererseits wäre es aber auch zu begrüßen, wenn man schon im Sinne der fortgeschrittenen Entwicklung, beispielsweise den schweren Beruf des Straßenkehrers u. a., schwere Arbeiten nicht der Frau, sondern dem Manne allein überlassen würde. Wir hatten in Paris Gelegenheit, die Straßenkehrerinnen bei ihrer Arbeit zu sehen, und wünschte diesen Arbeiterinnen nicht dringlicher als einen besonderen Schutz. Auch die Frauen bei der Straßenbahn haben keineswegs eine leichtere Arbeit dort. Wir konnten beobachten, wie jedesmal die Schaffnerin an der Straßenbahnkreuzung zurücklaufen muß, um die Weichen zu stellen, währenddessen der Wagen aber weiter fährt und die Frau in voller Fahrt aufspringen muß. Natürlich könnte man viele solcher Fälle anführen, auch für Deutschland. Soll dann ein besonderer Schutz für die Frauen nicht angebracht sein? Und ich bezweifle, gerade auf Grund der Ausführungen der dänischen Kollegin, daß die Arbeitsbedingungen in Dänemark für die Arbeiterschaft soweit besser sind, daß es sich nicht verlohnte, in aller Schärfe die Kampf-forderungen auf Sonderkongress für die Arbeiterinnen in den Vordergrund zu stellen und praktisch anzukämpfen zu lassen. In der Frage der Entlohnung der Frauen sind wir deutsche Arbeiterinnen schon gewohnt, an tarifliche Abmachungen zu denken, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmern getroffen werden. In allen Industriezweigen und Betrieben, wo wir eine organisierte Arbeiterschaft vorfinden, bestehen auch tarifvertraglich geregelte Verhältnisse. Weitergehend ist die Lohnfrage geregelt. Ich denke gar nicht daran, daß wir Arbeiterinnen damit nun zufrieden sein könnten. Ganz im Gegenteil. Der Unternehmer aber kann die Löhne nicht mehr willkürlich festlegen. Diejenigen Arbeiterinnen aber, die unter Tarif arbeiten oder sich freiwillig für geringeren Lohn anbieten, sind entweder nicht organisiert und haben dementsprechend auch kein moralisches Recht, da zu ernten, wo sie nicht sind, oder aber sie sind in einem Betrieb beschäftigt, in dem die Organisation keinen Einfluß hat, d. h. überhaupt niemand der dort Arbeitenden organisiert ist. Im letzteren Falle heißt es eben: Schafft Gewerkschaften die Macht, dann heißt ihr auch den Nutzen.

Die deutsche Vertreterin des Fabrikarbeiterverbandes wird in Hand von zahlreichem Werbematerial die dringende Notwendigkeit des Sonderkongresses für Arbeiterinnen nach. Laut statistischen Erhebungen verlaufen 64 Prozent aller Geburten der in der Textilindustrie Beschäftigten nicht normal, was einem erheblichen Verlust an Volkskraft und Volksgesundheit gleichkommt. Sie verpflückt auch die Argumente der dänischen Kolleginnen gegen den Arbeiterinnenkongress, konnte jedoch diese nicht von der Notwendigkeit, einen Arbeiterinnenkongress in erhöhtem Maße zu fordern, überzeugen. In der Frage des Schwangerschutz und Wöchnerinnenkongresses stehen nämlich die dänischen Kolleginnen auf dem Standpunkt: 4 Wochen vor und 4 Wochen nach der Niederkunft sei als ausreichende Ruhezeit zu betrachten. Im übrigen sollten die Frauen den Männern in allen Forderungen auf Schutzbestimmungen gleichstehen. Die dänische Delegation war aber der Meinung, daß, falls die Kosten dafür dem Unternehmer aufgebürdet würden, die Bezahlung der Arbeiterinnen wieder darunter leiden müßte. Bei der Frage Verbot von Nacharbeit der Frauen, wolle sie dieses Verbot zugleich auf die männlichen Arbeiter ausgedehnt wissen. Die Arbeit in gesundheitschädlichen Betrieben wiederum sei für die Frauen im Grunde genommen nicht gefährlicher als für die Männer. Die erhöhten Krankenziffern der weiblichen Arbeitnehmer sei nicht auf die Erwerbsarbeit zurückzuführen, sondern allgemein auf die Körperbeschaffenheit der Frau. Nun, wir sehen wohl mit Recht auf dem Standpunkt, daß die besondere Körperkonstitution der Frau unter der Einwirkung der Erwerbsarbeit in erhöhtem

Wage zu leiden hat. Deshalb, um die unangenehme Entwicklung der Erwerbsarbeit abzumildern, fordern wir mit ganz besonderer Energie mehr Schutz der weiblichen Arbeitskraft.

Der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit wird durch einen verbesserten Arbeiterinnenschutz durchaus nicht Abbruch getan. Dafür sorgen schon diejenigen, die ein erklärliches Fraueninteresse gegen den Arbeiterinnenschutz aufbringen lassen. Es gibt sicher auch ganze Arbeitszweige, die nur durch die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in Gang gehalten werden können (viels Zweige der Industrie und Heimarbeit, der Kranken- und Körperpflege, Sozialfürsorge und Pädagogik).

Ann. der Schriftl.: Die Ablehnung des Sondergesetzes gewerblicher Arbeiterinnen durch die bänischen Kongreßteilnehmer deutet sich mit der Auffassung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen in Amerika, England und Skandinavien, die aus dem Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter jeden Sonderchutz für gewerbliche Arbeiterinnen, sogar auch für schwangere Frauen, ablehnen. Diese Stellungnahme kam auf dem letzten Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht in Paris (Anfang Juni 1926) so kraft zum Ausdruck, daß sogar die Vertreterinnen der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung u. a. Dr. Elise Uhlig-Well, Dr. Frieda Wunderlich, Dr. Gertrud Wimmer, sich scharf dagegen wandten. Man sieht hier an der Stellungnahme der bänischen Genossinnen wieder einmal, daß die Durchführung eines an und für sich richtigen Prinzips bis zu seiner äußersten Konsequenz anstößig wird.

Jugendbewegung.

Vom Elend der deutschen Jugend.
(Das „Junge Deutschland“ klagt an.)

In Berlin, da, wo der Tiergarten auf das graue Häusermeer folgt, liegt im grünen Haine gebettet das Lustschloßchen Bellevue. Einstmals bestimmt zur Erholung und Kurzweil feudaler Herren, beherbergt es zur Zeit die Ausstellung „Das Junge Deutschland“. Jenes Junge Deutschland, dessen frühe Kinderjahre unter dem Eindruck der entsetztesten Leidenhaft des Krieges und all der grauenhaften Not und dem Elend, die Krieg, Zusammenbruch und Inflation über das deutsche Volk brachte, stand. Viel, sehr viel hat diese junge Generation ertragen, erdulden müssen. Zusammengeballt im zeitlichen Ablauf einer verhältnismäßig kurzen Reihe von Jahren hat diese Jugend mehr erleben müssen, als zu anderen Zeiten während der Dauer eines langen Lebens zu erleben möglich war.

Die Jugend ist von dem Erleben dieser Geschehnisse nicht unbeeindruckt geblieben. Viele sind den auf sie einströmenden Gefahren erlegen, ein trauriges Kapitel unserer heutigen Gesellschaft. Andere aber, die die Gefahren erkannten und sich dagegen aufbäumten, haben zur Abwehr gegriffen, haben, als Staat und Gesellschaft zum Schutz und zur Unterstützung der Jugend keine Zeit fanden, aus eigenen Reihen durch Organisationen und Vereine einen wirksamen Selbstschutz organisiert. Die Zusammenfassung dieser Jugendorganisationen, der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, ist die Veranstalterin dieser Ausstellung.

Das Junge Deutschland, die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen, die in den Fabriken, Werkstätten und Büros arbeiten, erheben hier ihre Stimmen, um durch diese Ausstellung dem deutschen Volke, dem Staat und der Gesellschaft all ihre soziale und menschliche Not, ihre zum größten Teil menschenunwürdigen Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse zu zeigen.

Sie klagen an jenes Deutschland, daß die Bestrebungen der Jugend nach persönlicher Entfaltung, nach ausreichender Freizeit und nach Jugendurlaub unberücksichtigt läßt, in dem im ganzen nur 2000 Jugendherbergen vorhanden sind, dafür aber 5000 Kinos und 150 000 Schankstätten, das auf der einen Seite über die 1200 Millionen Daweslaster im Jahre 1925/26 fließt, dafür aber während derselben Zeitspanne dem König Alkohol 4123 Millionen für Bier, Branntwein, Wein und sonstigen Fasel lachend in den Taschen schob. Die Reate des Braunkohlens bläht, während die finanziellen Mittel zur Arbeit an und für die Jugend spärlich fließen. Für den Reichswehretat z. B. bringt die deutsche Reichsregierung jede Mittel auf, für die Jugend hat sie, wie eine Tafel belehrt, im Jahre 1926 für Zwecke der Jugendpflege eine halbe Million Mark und für die Förderung des Turn- und Sportwesens sowie des Jugendwanderns eine Million Mark ausgegeben.

In drei große Gruppen gegliedert, welche die bevölkerungspolitische, soziale und gesundheitliche Lage der Jugend, freie und öffentliche Jugendpflege, Freizeit der Jugend und die Kulturbewegung der Jugend umfassen, soll die Ausstellung im weitgespannten Rahmen ein möglichst umfassendes Bild der gegenwärtigen Lage der deutschen Jugend geben, eine Absicht, die nicht immer gelungen ist.

Namentlich die Statistik entbehrt leider allzu sehr der Vollständigkeit, indem sie teilweise auf die Erfassung von kleinen Gruppen — im Verhältnis zur Gesamtzahl der Jugendlichen — aufgebaut ist. Damit soll kein Vorwurf gegen den Reichsausschuß erhoben werden. Was auf dieser Ausstellung überhaupt an statistischem Material zu sehen ist, verbannt seine Auffassung vorzugsweise privater Initiative. Durch Erhebungen an den Berufsschulen, die teilweise sogar von industriellen Kreisen gestiftet wurden, gelang es, das vorhandene Material zu beschaffen, aber es bleibt doch immer nur ein Teilergebnis. Wie sind der Auffassung, daß eine vollständige statistische Erfassung der Jugendlichen das Bild des Elends und der Not noch viel eindringlicher und umfangreicher zeigen und weit größere Mängel enthüllen würde. Immerhin, bei den vielen Widersprüchen, namentlich aus den Kreisen der Industrie gegen jedes zahlenmäßige Erfassen des Jugendelends muß man sich damit zufrieden geben, insbesondere da es überhaupt erstmalig gelungen ist, über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugendlichen etwas zu erfahren.

Aus dem zur Verfügung stehenden Material erfährt man denn doch das deutsche Volk sich nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung folgendermaßen gliedert: Es gibt in Deutschland heute 68,5 Millionen Menschen, davon sind 25,2 Prozent Kinder bis zu 14 Jahren, 61,92 Prozent sind Erwachsene, 64,2 Prozent — 32,4 Millionen — befinden sich im Alter von 14—18 Jahren. Weiter: 6,22 Prozent — 3,86 Millionen im Alter von 18—21 Jahren. Es gibt also in Deutschland zur Zeit 9,10 Millionen Jugendliche im Alter von 14—21 Jahren.

Aber die Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse sowie über gewählte Fertigkeiten gibt die Statistik, soweit sie in dem schon oben angeführten, beschränkten Rahmen möglich, Auskunft. Von 91 507 durch Fragebogen befragten Jugendlichen in verschiedenen Ortschaften, Mittel- und Kleinstädten Deutschlands arbeiten bis zu 48 Stunden je 68 Prozent, von 48—49 Stunden 7,5 Prozent, 50—51 Stunden 8,8 Prozent, 52—53 Stunden 3,8 Prozent, 54—56 Stunden 6,8 Prozent, 57—60 Stunden 5 Prozent, über 60 Stunden 7,8 Prozent. Man ersieht daraus, daß die Forderung auf Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche auf 48 Stunden pro Woche außerordentlich dringend notwendig ist. Festgestellt ist damit, daß 57 Prozent der erfassten Jugendlichen eine über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit haben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Arbeitslohn. Von 20 108 erfassten Jugendlichen in Industriebetrieben hatten 65,4 Prozent am 2. Uhr Arbeitslohn, von 20 114 im Handelsgewerbe beschäftigten Jugendlichen hatten 22,5 Prozent bis 2 Uhr Schluss, dagegen 11,9 Prozent erst nach 7 Uhr abends.

Auch die Sonntagsruhe für Jugendliche läßt zu wünschen übrig. Von 107 201 befragten Jugendlichen erlitten 15,8 Prozent 1—3 Tage, 8,1 Prozent 3—5 Tage, 3,8 Prozent 5—8 Tage, 3,5 Prozent 8—10 Tage, 7,3 Prozent 10—14 Tage, 4,2 Prozent über

14 Tage Urlaub, jedoch wird nicht überall auch der ausfallende Arbeitslohn vergütet. Diese Jugendlichen sind aber immerhin noch im Vorteil gegen die restlichen 23 Prozent, die überhaupt im ganzen Jahre keinen einzigen Tag Freizeit erhalten. Wenn ein Viertel dieser jugendlichen Menschen müssen also Jahr für Jahr in dumpfer Werkstatt und Fabrik für einen mit ihren Leistungen in keinem Verhältnis stehenden Arbeitslohn kämpfen, ohne ein paar Tage im Jahre Gelegenheit zu bekommen, sich in Freiheit, Sonne und frischer Luft zu erholen. Dieses Kapitel wird noch trauriger gestaltet durch die vielfach erbärmlichen Wohnverhältnisse der arbeitenden jungen Menschen. Man muß die Tatsachen auf sich wirken lassen, um sich diese Mängel zu vergegenwärtigen. Von 144 676 befragten erwerbsfähigen Jugendlichen wohnt die Hälfte in einer 1—3-Zimmer-Wohnung, in 33 Fällen lebten 10 Personen in einer 1-Zimmer-Wohnung, in 115 Fällen lebten 10 Personen in einer 2-Zimmer-Wohnung, in 796 Fällen lebten 10 Personen in einer 3-Zimmer-Wohnung. Jeder fünfte Jugendliche hat kein eigenes Bett, jeder 16. schläft mit einem Fremden in einem Schlafzimmer, jeder 200. schläft mit einem Fremden in einem Bett. — Jeder achte Jugendliche lebt in einer überbelegten Wohnung.

Es waren überbelegt jede zweite 1-Zimmer-Wohnung, fast jede 2-Zimmer-Wohnung, jede sechste 3-Zimmer-Wohnung. Ein Kommentar hierzu dürfte sich erübrigen.

Die Not der jugendlichen Arbeiter

Jeder fünfte Jugendliche hat kein eigenes Bett! Jeder sechzehnte Jugendliche schläft mit Fremden in einem Schlafzimmer! Jeder zwanzigste Jugendliche schläft mit Fremden in einem Bett! Jeder achte Jugendliche lebt in einer überbelegten Wohnung!

(Statistische Feststellung auf der Ausstellung „Das Junge Deutschland“.)

14 Tage Urlaub, jedoch wird nicht überall auch der ausfallende Arbeitslohn vergütet. Diese Jugendlichen sind aber immerhin noch im Vorteil gegen die restlichen 23 Prozent, die überhaupt im ganzen Jahre keinen einzigen Tag Freizeit erhalten. Wenn ein Viertel dieser jugendlichen Menschen müssen also Jahr für Jahr in dumpfer Werkstatt und Fabrik für einen mit ihren Leistungen in keinem Verhältnis stehenden Arbeitslohn kämpfen, ohne ein paar Tage im Jahre Gelegenheit zu bekommen, sich in Freiheit, Sonne und frischer Luft zu erholen. Dieses Kapitel wird noch trauriger gestaltet durch die vielfach erbärmlichen Wohnverhältnisse der arbeitenden jungen Menschen. Man muß die Tatsachen auf sich wirken lassen, um sich diese Mängel zu vergegenwärtigen. Von 144 676 befragten erwerbsfähigen Jugendlichen wohnt die Hälfte in einer 1—3-Zimmer-Wohnung, in 33 Fällen lebten 10 Personen in einer 1-Zimmer-Wohnung, in 115 Fällen lebten 10 Personen in einer 2-Zimmer-Wohnung, in 796 Fällen lebten 10 Personen in einer 3-Zimmer-Wohnung. Jeder fünfte Jugendliche hat kein eigenes Bett, jeder 16. schläft mit einem Fremden in einem Schlafzimmer, jeder 200. schläft mit einem Fremden in einem Bett. — Jeder achte Jugendliche lebt in einer überbelegten Wohnung.

Es waren überbelegt jede zweite 1-Zimmer-Wohnung, fast jede 2-Zimmer-Wohnung, jede sechste 3-Zimmer-Wohnung. Ein Kommentar hierzu dürfte sich erübrigen. Anders Darstellungsmaterial will aufklären über den Gesundheitszustand der Jugend (Geschlechtskrankheiten, Alkohol) und Gesundheitspflege (Jugendverwahrlosung, Kriminalität der Jugendlichen) und Jugendpflege. Es bildet zusammengefaßt trotz der Unvollständigkeit ein eindringliches Bild von der Not unserer jungen Generation. Die Ursachen der Not und des Elends sind bekannt, werden teilweise in Fälle aufgezeigt, wenn auch außerordentlich wichtige Darstellungen, wie über Arbeitsverdienst der Jugendlichen, die sozialen Verhältnisse der Familie, Arbeitslosigkeit usw. fehlen. Aber die Mittel zur Abstellung und Überwindung dieses Jugendelends sind außerordentlich spärlich zu sehen. Als Hauptproblem gegen die Schädigungen durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursachen wird als einzige ausreichende Freizeit für die Jugend gefördert, allgemeine Mühsal für erwerbsfähige Jugendliche, und zwar für die Altersjahre von 14—16 Jahren 3 Wochen, für 16—18 Jahre 2 Wochen bezahlte Ferien. Das Drängen nach Freizeit ist auch vorwiegend der Anknüpfung zu dieser Ausstellung.

Karl Segerer.

Anders Darstellungsmaterial will aufklären über den Gesundheitszustand der Jugend (Geschlechtskrankheiten, Alkohol) und Gesundheitspflege (Jugendverwahrlosung, Kriminalität der Jugendlichen) und Jugendpflege. Es bildet zusammengefaßt trotz der Unvollständigkeit ein eindringliches Bild von der Not unserer jungen Generation. Die Ursachen der Not und des Elends sind bekannt, werden teilweise in Fälle aufgezeigt, wenn auch außerordentlich wichtige Darstellungen, wie über Arbeitsverdienst der Jugendlichen, die sozialen Verhältnisse der Familie, Arbeitslosigkeit usw. fehlen. Aber die Mittel zur Abstellung und Überwindung dieses Jugendelends sind außerordentlich spärlich zu sehen. Als Hauptproblem gegen die Schädigungen durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursachen wird als einzige ausreichende Freizeit für die Jugend gefördert, allgemeine Mühsal für erwerbsfähige Jugendliche, und zwar für die Altersjahre von 14—16 Jahren 3 Wochen, für 16—18 Jahre 2 Wochen bezahlte Ferien. Das Drängen nach Freizeit ist auch vorwiegend der Anknüpfung zu dieser Ausstellung.

Karl Segerer.

Rundschau.

Ein bürgerlicher Journalist zu dem Justizwort an Sacco und Vanzetti.

Theodor Wolff, der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, schrieb am Tage nach der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti als Mahnung an die amerikanische Bourgeoisie: „Müssen die anfänglich Geheulenen, welche alle diejenigen, die in sich den Geist des Mittelalters überwinden haben und das Wort „Humanität“ nicht nur auf den Lippen tragen, sich nicht in heftiger Empörung aufbäumen gegen die brutale Unmenschlichkeit, die dreißig im Mantel der Gerechtigkeit eingeschleppt und sieben Jahre lang zwei Opfern, zwei unablässigen Leidenstricken betretenden, ohne Zweifel unerschütterlichen Opfer, jede Stunde zu einer Todesurteil machte, sie alle erdenklichen Qualen und Torturen erdulden ließ? Könnte man nicht entsetzt sein, als man sah, was heute in Amerika, in einigen Staaten Amerikas, noch als Recht und Gesetz gelten kann? Und wer spricht denn nicht hinter dieser ganzen abschließenden Karikatur einer Justiz die Macht, die eskalierende Selbstsucht und das niedrige Rachebedürfnis eines Geldkapitalisten, der wohllos und während seine Gegner niederschlagen möchte und sich aus diesen Staatsbeamten, diesen Richtern, diesen Henkersknechten eine Schatzkammer geschaffen hat? Aber mindestens ebenso fest wie durch das abschließende Schauspiel harter Grausamkeit und elender Verhängung wurde, besonders in diesen letzten Wochen, jedes klare Moralempfinden durch das Bild einer unerschütterlichen Unfähigkeit, einer unmöglichen Freiheit gereizt. Die hohen Herren des Obersten Gerichtshofes, diese Stone und Brandeis, dieser Taft, der auch einmal Präsident war, und die übrigen, deren Empörung genügt hätte — alle hatten sie es nur eilig, sich beiseite zu drücken, die unabweisbare Entscheidung von sich abzuwälzen, und alle haben sie die Verantwortung für eine das amerikanische Gewissen entsetzende, das amerikanische Ansehen reinigende, der Menschlichkeit dienende Reinstellung gestiftet. Vielleicht halten sie, das für Mut? Es war nur trübselig die Bequemlichkeit, Furcht vor

einem Schrecknis der kapitalistischen Produktionsweise und ein erschreckender Mangel an Idealismus, Verzetteltum und fehlende Schwere. Warum ist für zwei arme Leute, für zwei unerschütterliche Opfer, zwei Feinde der „Gerechtigkeit“ verurteilt, die großen Wunden zu erdulden und die Gemüter der Menschheit zu erregen, wenn es so leicht war, sich in dieser Form und Regeln zu verhalten und sich mit einem Geschicklichen aus der Affäre zu ziehen? Man muß sagen, daß das amerikanische Volk da ein nicht gerade leuchtendes Personal besitzt. Um dieses Wort: Ein Name, Washington, ist rein. Ein Name, Donatus Platanus, wird dieser Generation amerikanischer Redakteure für immer aufgeschrieben sein.“

Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten.

Bekanntlich wurde die landesgesetzliche Regelung der Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten als verfassungswidrig von den Obersten Gerichtshöfen abgelehnt, weshalb dort nur in den einzelnen Bundesstaaten Einschränkungen für die Verwendung der Kinderarbeit bestehen. Viele Staaten haben jedoch keine oder nur ganz unzureichende Verbote erlassen. Die Einschränkung der Einwanderung, die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Industrieländern in die Industrieländer des Ostens und Westens, wo die Arbeitsbedingungen, vornehmlich in der Leichtindustrie, günstiger sind, haben mancherorts keinen erheblichen Arbeitsmangel herbeigeführt. Deshalb wird jetzt billige Kinderarbeit in noch viel größerem Umfang als bisher herangezogen. Allein in der Stadt Fall River (Massachusetts) wurde die Zahl der in der Industrie beschäftigten Kinder seit einem Jahr um 42,7 Prozent erhöht. Dem Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, zufolge hat sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Kinder seit jener Entscheidung des Obersten Gerichtshofes dreierfacht, daß gegenwärtig nach Schätzung wohlhabender Kreise mehr als zwei Millionen Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren und mindestens 2 1/2 Millionen im Alter von 10 bis 16 Jahren als Lohnempfänger beschäftigt sind. Die außerordentliche Zunahme der Kinderarbeit erlaubt auch Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse der erwachsenen Lohnarbeiter. Infolge der verhältnismäßig niedrigen Reallohn der ungelernsten Arbeiter müssen deren Kinder zur notwendigen Ergänzung der Lebenshaltungskosten in den Fabriken arbeiten.

Verbandsnachrichten.

Bildungskurse für die Verbandsmitglieder.

In Nr. 33 des „Proletarier“ 1927 haben wir bekanntgegeben, daß die Bewerber, die zur Teilnahme an den Bildungskursen für dieses Jahr zugelassen werden, bis zum 20. August 1927 Nachricht erhalten. Alle Kollegen, die bis zu diesem Tage keine Nachricht erhalten haben, konnten nicht berücksichtigt werden. Für die Kurse in diesem Jahr haben sich über 500 Bewerber gemeldet, von denen nur 160 berücksichtigt werden konnten. Wegen der großen Zahl der nicht berücksichtigten Kollegen war es uns unmöglich, jedem einzelnen zu schreiben. Wir haben aber bereits bekanntgegeben, daß im Oktober d. J. die Kurse für das Jahr 1928 ausgeschrieben werden und es steht den nicht berücksichtigten Kollegen frei, sich unter Berufung auf ihre frühere Bewerbung von neuem zu melden. Der Hauptvorstand.

Arbeiter-Volkshochschulen.

Auf Grund der Ausschreibungen zum Zwecke des Besuches der Volkshochschulen im „Proletarier“ und im „Keramischen Wand“ haben sich 72 Kolleginnen und Kollegen beworben.

Nach den Vorschlägen des Vorstandes hat der AOB in Verbindung mit den Schulleitungen folgende Bewerber zugelassen:

- Für die Arbeiter-Akademie in Frankfurt:
Strabel, Oswald, Oberleben (Wob);
Fahlbusch, Heinrich, Osnabrück;
Liedtke, Edward, Berlin-Reinickendorf, West;
Beyer, Paul, Niederkauffungen (Kahlsch);
Mortz, Franz, Leipzig W 34;
Meier, Oskar, Brand-Erbisdorf;
Mayer, Georg, Altran (Reinickendorf);
Wedenbach, Michael, Wiesdorf;
Lalpe, Will, Elbingerode (Harz);
Höck, Karl, Ellersfeld (Bayern).
- Für die Wirtschaftsschule Berlin:
J. amberger, Ernst, Dresden 5;
Marx, Otto, Sommerfeld (S. L.);
Klemm, Hermann, Lauterbach (Gauß);
Sauer, Artur, Ducherow (Pommern).
- Für den Frauenkurs bei der Heimvolkshochschule Titz:
Singer, Anna, Eisenberg (Thür.);
Wollermann, Rosemarie, Danzig;
Thomas, Olga, Köppelhof bei Sonneberg.

Den übrigen Kollegen, die nicht zum Zuge gekommen sind, sagen wir für ihre Bemühungen besten Dank. Es steht diesen frei, sich bei der nächsten Ausschreibung wieder zu bewerben. Bei der großen Anzahl der Bewerber ist es selbstverständlich, daß nicht jeder sein Ziel erreicht. Er muß deshalb die Hoffnung auf die erneute Bewerbung setzen.

Zahlstelle Bitterfeld.

Der Posten des Geschäftsführers für die Zahlstelle Bitterfeld ist besetzt. Gemählt ist der Kollege Gustav Krause (Mannheim). Allen Bewerbern besten Dank. Karl Lohse, Bitterfeld, Rathhausplatz 1/2, 3. Etage.

Literarisches.

Der deutsche Stahlrat von Paul Ufermann. Verlagsgesellschaft des AOB, Berlin S 14, Infeststraße 6. Ein Spiel der deutschen Wirtschaftskrisis. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Kriegsende in dauernder Umwälzung. Der Jug zur Groß- und Massenindustrie ist dabei das hervorstechendste Merkmal. Die Rationalisierung äußert sich sichtbar zuerst in der Zusammenballung vieler Einzelunternehmen zu gewaltigen Riesenwerken. Die Vereinigte Stahlwerke A. G. und die I. G. Farbenindustrie sind hierfür die besten Beispiele. Das erste Unternehmen ist zur Zeit die größte Privatgesellschaft Deutschlands. Mehr als 200 000 Arbeiter und Angestellte werden von dieser Gesellschaft direkt beschäftigt. Nimmt man noch die übrigen unter Kontrolle stehenden Tochterunternehmen hinzu, so werden es nahe an die 300 000 sein, die in den von der Gruppe Stahlverein kontrollierten Betrieben, Gesellschaften und Unternehmen beschäftigt sind. Dieser gewaltige Ballungsprozess in der deutschen Schwerindustrie wird in diesem Buche behandelt. Zum Studium der neuesten Industrieentwicklung in Deutschland, zur Erkenntnis der nationalen und internationalen Zusammenhänge der großen Industrie- und des Finanzkapitals ist dieses Buch, dessen Preis im Buchhandel in Leinen gebunden 7.— Mark beträgt, eine unerschöpfliche Fundgrube. Interessante Zeichnungen und Bilder ergänzen den Text. Das Personen- und Firmenregister enthält rund 1000 Namen. Jeder Partei- und Gewerkschaftsfunktionär muß sich dieses Buch verschaffen.

Das deutsche Industrie

Wir benötigen zur Zeit rund hundert Mann Arbeitermangel in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

In der Nr. 186 vom 11. August 1927 bringt die Deutsche Bergwerks-Zeitung ein Schreiben einer mitteldeutschen Bergwerksgesellschaft an das dort zuständige Landesarbeitsamt zur Veröffentlichung und knüpft einleitend daran die Bemerkung, daß diese Verhältnisse ein bezeichnendes Licht auf die demoralisierende Wirkung des heutigen Fürsorge-systems werfen. Wir bringen das Schreiben nachstehend zum Abdruck.

Die Schwierigkeit in der Beschaffung von Arbeitskräften für unsere Bergbaubetriebe veranlaßt uns, Sie davon zu verständigen, daß es uns in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird, die Betriebe in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, wenn eine ausreichende Zuweisung von arbeitswilligen Erwerbslosen durch die Arbeitsnachweise zu erreichen ist. Durch die in diesem Frühjahr eintretende Abwanderung von Leuten in Saisonbetrieben (Baugewerbe, Ziegeleien usw.) brauchen wir für unsere Betriebe nahrungsmäßig ausreißenden Ertrag. Dazu kommt, daß wir in diesem Jahre durch die gesetzliche Neuordnung der Arbeitszeit unseren Belegschaften nach allgemein erhobenem Maßstab. Bisher ist es uns aber nicht gelungen, die erforderlichen Arbeitskräfte durch Vermittlung des hiesigen Arbeitsamts zu erhalten. Der Kreis hat, soweit uns mitgeteilt wurde, unter den noch vorhandenen sieben Erwerbslosen keine Leute mehr, die er uns als für die Bergarbeit geeignet nachweisen könnte. Aber auch aus anderen Kreisen scheint es nicht möglich zu sein, Arbeiter, die wirklich arbeiten wollen, zu vermitteln, obwohl im Lande noch Tausende von Erwerbslosen vorhanden sein sollen.

Wir haben festgestellt können, daß von Zusellungen der Arbeitsämter der größte Teil der Erwerbslosen sich zur Aufnahme der Arbeit hier überhaupt nicht meldet, ein anderer kommt, vom zuständige Arbeitsamt mit Fahrgeld und Spesen versehen, hier her, um sich die Arbeit einmal anzusehen. Danach nimmt die eine Hälfte die Arbeit gar nicht auf, die übrigen arbeiten zwei bis drei Schichten, um dann unter irgendeinem Vorwand wieder abzukehren. Bei der großen Zahl der angeblich noch Erwerbslosen ist es uns unverständlich, daß die Arbeitsämter nicht in der Lage sein sollen, die erforderlichen Arbeitskräfte zu vermitteln. Wir haben aber das Gefühl, daß den Wünschen der Erwerbslosen nach Art ihrer Beschäftigung weitgehend Rechnung getragen wird. Die Erwerbslosen erhalten ausbleibend ihre Unterstützung weiter, wenn sie erklären, daß die gebotene Arbeit für sie nicht geeignet ist. Nach dem ganzen Auftreten der wenigen uns in letzter Zeit zugewiesenen Arbeitskräfte glauben wir annehmen zu können, daß bei heute noch Erwerbslosen an Arbeit gar nichts gelegen ist; die Leute brauchen also nicht zu arbeiten, wenn sie nicht wollen, weil die Erwerbslosenfürsorge ausreichende Unterstützung gewährt.

Für unsere Betriebe benötigen wir zur Zeit rund 100 Mann. Wir bitten Sie nun, uns recht bald mitteilen zu wollen, ob in dem Bereiche des Landesarbeitsamts wirklich keine Arbeitskräfte mehr vorhanden sind oder ob wir in aller nächster Zeit mit der Vermittlung brauchbarer Arbeiter rechnen können.

Gute und ausreichende Unterkunftsbedingungen sind vorhanden, deren Beschäftigung wir jederzeit und gern gestatten. Da die Frage der Arbeitsbeschaffung für uns einer schnellen Lösung bedarf, wären wir Ihnen für recht baldige Erledigung der Angelegenheit außerordentlich dankbar.

Den Unternehmern und ihrer Presse ist kein Mittel schlecht genug, die Sozialgesetzgebung in Miskredit zu bringen, selbst wenn dabei einige wissenschaftlich unwahre Behauptungen helfen müssen. Volksgenossen, die mit den mitteldeutschen Verhältnissen nicht vertraut sind, können nach dem Ratschrei dieses „armen“ Bergwerksdirektors leicht zu der Auffassung kommen, daß es im mitteldeutschen Braunkohlenrevier noch Tausende von Arbeitern gibt, die nicht die geringste Notigung verspüren, die ihnen von den Arbeitsämtern nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß im mitteldeutschen Braunkohlenrevier überhaupt keine arbeitslosen Arbeiter vorhanden sind. Der große Magnet, das „Leunawerk“, zieht alle Arbeitslosen im Umkreis bis zu 50 Kilometer und darüber hinaus an. Wenn deshalb die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie an Arbeitermangel zu leiden hat, ist dieser Zustand für Kenner der Verhältnisse leicht erklärlich. Es ist auch zu verstehen, wenn ein großer Teil von Erwerbslosen, die von anderen Arbeitsämtern nach dort überwiesen werden, sich gar nicht zur Aufnahme der Arbeit melden oder nur einige Tage dort bleiben, um dann dem mitteldeutschen „Dorado“ so schnell wie möglich den Rücken zu kehren. Diejenigen, welche die Arbeit gar nicht annehmen bzw. gar nicht nach dort hinkommen, dürften zweifellos davon unterrichtet sein, daß für die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie ein Lohnarbeitsvertrag nicht besteht, die Arbeiter also in bezug auf Entlohnung ganz der Willkür der Unternehmer ausgesetzt sind. Andererseits ist in der Arbeitszeitfrage vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, wonach heute noch die neunzehnstündige Arbeitszeit für die Tages- und die zehnstündige Arbeitszeit für Fabrikarbeiter besteht. Der höchste Tariflohn, welcher seit November 1926 bis 1. Juli 1927 bei zehnstündiger Arbeitszeit für Facharbeiter, also Hauer und Handwerker, gezahlt wurde, betrug 5,40 Mk. Durch Schiedsspruch vom 5. Juli 1927 wurde den Braunkohlenarbeitern eine Lohnerhöhung von drei Prozent zugesprochen. Die Unternehmer haben Einspruch gegen diesen Schiedsspruch erhoben, worauf die Verbindlichkeits-erklärung vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt wurde. Von dem verdienten Lohn werden wöchentlich bis 25 Prozent für Knappschafts- und Pensionskassenbeiträge abgezogen. In vielen Fällen gehen Fabrikarbeiter mit einem Wochenlohn von 18 Mk. und weniger nach Hause. Unter diesen Verhältnissen dürfte es doch verständlich erscheinen, wenn Arbeiter, die mit den Verhältnissen vertraut sind, die Arbeit gar nicht annehmen und andere den Braunkohlenbau von ihren Füßen schütteln, wenn sie in diesen Betrieben einige Tage Anschauungsunterricht genossen haben. Ganz

abgelehnt kann, daß es verarbeiteten Arbeitern unmöglich ist, in Mitteldeutschland mit hinterpommerschen Löhnen einen doppelten Haushalt zu führen. Im allgemeinen dürften sich die Arbeiter aber auch selbst wenn die Entlohnung eine bessere und die Arbeitszeit eine kürzere wäre, mit dem Eigenleben in den Baracken nicht befreunden können. Die Arbeiter wären Esel, wenn sie bei der großen Nachfrage nach Arbeitskräften in Mitteldeutschland nicht dort hingehen würden, wo sie zu günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten können. Das Scheitern aber einige Braunkohlen- onkels durchaus nicht begreifen zu können.

Was nun die Erwerbslosenunterstützung selbst anbetrifft, so wünschen wir diesem weltfremden Werkleiter, daß er nur einmal für die Zeit von drei Monaten seinen ganzen Haushalt auf die Einkünfte eines arbeitslosen Arbeiters aus der Erwerbslosenunterstützung einstellt. Dann dürfte der gute Mann von den „hohen“ Erwerbslosenunterstützungen zweifellos kurieren sein.

Außer den vorstehend geschilderten Verhältnissen be-kunden die Unternehmer in der mitteldeutschen Braunkohlen-industrie eine große Vorliebe für die gelben Werkvereine. Trotdem im Tarifvertrag festgelegt ist, daß die zwischen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften am 15. November 1918 getroffene Verein-barung für die Geltungsdauer des Tarifvertrages als maß-gelbend anerkannt wird. Diese gelben Geбилde werden von den Unternehmern gehegt und gepflegt, als ob davon die Wirtschaftlichkeit der ganzen Industrie abhängig wäre. Hierbei scheint es jährlich auf einige Hunderttausend Mark gar nicht anzukommen. Sobald aber die Gewerkschaften Lohnforderungen stellen, dann stöhnen die Unternehmer in allen Lagerten, daß bei jedem Pfennig Lohnerhöhung die Wirtschaftlichkeit der gesamten Braunkohlenindustrie in Frage gestellt würde. Diese und ähnliche Argumente mußten die Organisationsvertreter bei den Verhandlungen nun schon jahrelang mit anhören. Irgendwelche Nachsmittel konnten infolge schlechter Organisation nicht angewendet werden. Die Arbeiter in dieser Industrie fristeten ein kümmerliches Dasein, während die Unternehmer selbst in der Zeit schwerster wirt-schaftlicher Depression 15 Prozent Dividende einstecken konnten.

Im allgemeinen sind die Unternehmer in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie ganz reaktionäre Zeitgenossen. Mit den bestehenden rechtlichen Verhältnissen der Arbeiter können und wollen sie sich nicht befreunden. Dabei wird von ihnen auch die Mentalität der Arbeiter falsch beurteilt. Nur unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es möglich gewesen, die gelben Werkvereine ins Leben zu rufen. In dem Umfange, wie die Arbeiter von diesem wirtschaftlichen Druck befreit werden, werden auch die Werkvereine zu-sammenschrumpfen. Wenn diese Zeit kommt, — und sie wird bald kommen — dann dürften die Unternehmer von dem Ergebnis überrascht sein. Wer Wind gesät hat, wird Sturm ernten.

Die Zeit zu einem entschiedenen Vorgehen in Mittel-deutschland erscheint uns jetzt so günstig wie nie zuvor. Wenn die Braunkohlenarbeiter in ihrer Gesamtheit von diesem Gedanken erfaßt werden und daraus ihre Konsequenzen ziehen, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht gelingen sollte, die im Juli gestellte Lohnforderung von 80 Pf. pro Schicht zu verwirklichen. Selbst, wenn diese 80 Pf. Lohnerhöhung erreicht werden, bekommt der Facharbeiter bei neunzehnhalb- bis zehnstündiger Arbeitszeit nur den Betrag von 6,20 Mk. und bleibt damit noch ganz bedeutend hinter den im übrigen Mitteldeutschland gezahlten Löhnen zurück. An der Initiative der Arbeiter selbst wird es liegen, im mitteldeutschen Braunkohlenrevier Lohn- und Arbeitsver-hältnisse zu schaffen, die ähnlich oder gleichbedeutend mit den Verhältnissen in anderen Industrien sind.

Lohn- und Tariffragen sind Machfragen. Es gibt kein ehernes Lohngesetz, das uns vorschreiben könnte, wieweil von dem produzierten Güterwert dem Besitz und wieweil der Arbeit zufällt. Am allerwenigsten aber gibt es ein Gesetz, welches den Anteil der Arbeit für alle Zeiten auf das äußerst notwendige Existenzminimum beschränkt. Vom Reichsarbeitsministerium können die Braunkohlenarbeiter eine befriedigende Entscheidung nicht erwarten. Diese Ent-scheidung liegt bei den Braunkohlenarbeitern selbst; das heißt, die Braunkohlenarbeiter werden in Zukunft zu solchen Lohn- und Arbeitsbedin-gungen arbeiten, die sie sich mit Hilfe ihrer Organisation erkämpfen. Finden die Beleg-schaften den Weg zur Organisation nicht, dann wird auch für die Zukunft das Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit einigen Professoren die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Braunkohlenarbeiter diktiert. Ob sich das die Kumpels für alle Zeiten bieten lassen wollen, ist eine Frage, die in aller nächster Zeit zur Entscheidung steht und recht bald beantwortet werden muß.

Rohstoffe für die chemische Industrie im Toten Meer.

Die amerikanischen Blätter zu berichten wissen, will man jetzt daran gehen, die Salze des Toten Meeres, deren Wert auf unge-fähr 5000 Milliarden Mark — d. i. annähernd das Doppelte des amerikanischen Nationalvermögens — geschätzt wird, aus-zubeuten, und zwar sollen die Salze durch Verdampfen an der Sonne, also unter den billigsten Arbeitsmethoden, gewonnen werden. Aber die Verteilung der Konzeptionen, um deren Erhaltung sich selbstverständlich ein heftiger Konkurrenzkampf entwickeln wird, ist bis jetzt von der Regierung Palästinas noch kein Beschluß ge-faßt. Über die Ausfuhr der beschriebenen Ausbeutung des Toten Meeres, die natürlich ein starkes Sinken der Weltmarktpreise im Gefolge hätte, schreibt Dr. E. Norton in der New Yorker Fach-zeitschrift „Chemicals“: „Auf dem Gebiete der chemischen Industrie gibt es keine Chance, die mit derjenigen, die sich in aller Eile in Palästina vorbereitet hat, in einen Wettstreit eintreten könnte. Nichts kann Palästina daran hindern, die Lieferung eines anseher-

lich bedeutenden Produktes im Weltmonopol zu übernehmen. Das Tote Meer birgt annähernd 1000 Millionen Tonnen Kali in Form von Kaliumchlorid, die einen Wert von 200 Milliarden Mark repräsentieren, 832 Millionen Tonnen Brom im Werte von 1040 Milliarden Mark, 11 900 Millionen Tonnen reines Natrium im Werte von 105 Milliarden Mark. Außerdem enthält das Tote Meer noch Magnesiumchlorid, sowie Gips- und Calciumchlorid, die einen Gesamtwert von 3300 Milliarden Mark darstellen.“ („Frankf. Ztg.“)

Finanzkrise der Chemischen Fabrik vorm. Seidenberg, Geomont u. Co., A.-G., in Winkel i. Nig.

Wir berichteten im „Proletarier“ Nr. 32 vom 6. August über die finanziellen Schwierigkeiten dieser Firma. Ende Juni tagte die Generalversammlung, in der ein Antrag auf Entlastung des Vorstandes nicht erledigt wurde. Vor einigen Tagen beschäftigte sich eine neu einberufene Generalversammlung wieder mit der Ent-lastung der Verwaltung. Eine in der letzten Versammlung gewählte Kommission erklärte, daß ein Verschulden der Verwaltung bei Übernahme der Vermögensgegenstände für die holländische Tochtergesellschaft nicht nachgewiesen sei. Daraufhin wurde die Entlastung erteilt. Ein Antrag der Verwaltung, den Aufsichtsrat durch Zuwahl zu verstärken, drang jedoch nicht durch, da sich niemand fand, der die Verantwortung für die kritische Lage der Gesellschaft übernehmen wollte.

Das Kaufangebot einer Gesellschaft auf die Seidenberg-Be-teiligung am Weinstäubesyndikat, das wir auch in letztem Artikel schon erwähnten, wurde von der Generalversammlung abgelehnt, weil die Veräußerung dieses Anteils die Gesellschaft zu einer völligen Betriebsstilllegung zwingen würde.

Inzwischen ist die Lage der Gesellschaft kritisch geworden. Die Verwaltung hat einen Anschlag der gerichtlichen Regelung an-gestrebt und erreicht, dabei aber auch den Antrag auf Geschäfts-aufsicht gestellt. Die Aktionärskommission versucht die Aufsicht-erhaltung der Gesellschaft zu ermöglichen. Bestimmte Ergebnisse nach dieser Richtung liegen jedoch noch nicht vor. Günstigenfalls wird sich eine scharfe Sanierung nicht vermeiden lassen. Da der frühere Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Neuberg gezwungen wurde, durch seine nicht einwandfreie Geschäftsführung, eine zehnjährige Dividende auf die Dauer von 10 Jahren in Aussicht zu stellen, so kann bei einer scharfen Zusammenlegung der Aktien der eigen-tümliche Fall eintreten, daß die zusammengelegten Aktien trotzdem noch ihrem früheren Nominalwert mit 10 Prozent verzinst werden. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob die gestellten Garantien Dr. Neubergs zur zehnjährigen Dividendenzahlung genügend Sicherheit bieten.

Die Entlastung des aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Dr. Neuberg wurde von der außerordentlichen Generalversammlung nicht ausgesprochen. So endet ein leibherrlicher Industrierichter, dessen Verhalten den Ruin dieser Gesellschaft größtenteils ver-schuldet hat. O. Haupt.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallstatistik in der Zuckerindustrie.

Nach dem Bericht der Zuckerberufsgenossenschaft sind im Jahre 1926 insgesamt 2939 (2471) Unfälle gemeldet. Davon wurden 356 (310) als entschuldigungspflichtig anerkannt. 29 Unfälle (37) endeten mit tödlichem Ausgang. Von den Un-fällen ereigneten sich 80 auf dem Wege von und zur Arbeits-stelle. Auf 1000 versicherte Personen entfielen: angemeldete Unfälle 34,69 (28,01), entschädigte Unfälle 4,20 (3,51), tödliche Unfälle 0,242 (0,419). Der Bericht sagt, daß seit dem Jahre 1924 beobachtete ständige Steigen der Unfallziffer hat auch in diesem Jahre ange-halten, ohne daß sich eine befriedigende Er-klärung dafür geben läßt. Vergleichen wir die Ziffern des Vorjahres, die wir jeweils in Klammern beigefügt haben, dann ergibt sich tatsächlich sowohl bei den gemeldeten als auch bei den entschädigten Unfällen gegenüber dem Vorjahre eine starke Steigerung. Diese Steige-rung fällt um so mehr ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Versicherten gegenüber dem Vorjahre um über 3500 zurückgegangen ist. Der Prozentsatz pro Tausend versicherter Personen ist daher sowohl bei den gemeldeten als auch bei den entschädigten Unfällen erheblich gestiegen. Bei den Unfällen mit tödlichem Ausgang ist glücklicherweise ein Rückgang eingetreten.

Der Bericht versucht, eine Begründung für die vermehrten Unfälle zu finden und sagt diesbezüglich folgendes:

Bei Vergleich der beiden Jahrestabellen in Tabelle 8, wo die in diesem und dem vorhergehenden Jahre entschädigten Unfälle, nach Betriebsrichtungen und Vorgängen geordnet, angegeben sind, fällt auf, daß bei den Betriebsrichtungen, die durch An-ordnung erfaßt und, man möchte sagen, zwangsläufig gesichert werden können, wie Motore, Transmissionsen, Arbeits- und Hebedmaschinen, Dampfhebel, die Anzahl der Schadenfälle ent-weder unverändert geblieben oder zurückgegangen ist. Die Steigerung wird fast ausschließlich durch Vorgänge verursacht, bei denen der Arbeiter freien Spielraum hat. So haben sich die durch Einsturz und Umsallen von Gegenständen, durch Fall von Leitern usw., und vor allem die durch den Schindetrieb verur-sachten Unfälle beträchtlich vermehrt. Darf man aus dem ja immerhin verhältnismäßig geringen Zahlenmaterial einen Schluß ziehen, so wird man zu der Annahme gedrängt, daß die psychische Einstellung des Arbeiters zu der Unfallverhütung zur Zeit eine wesentliche Rolle bei den Unfällen spielt.

In vorsichtiger Form wird hier der alte Vorwurf gegen die Arbeiter wiederholt, daß sie an den Unfällen selbst mit schuld seien. Dagegen müssen wir im Namen der Arbeiterklasse Einspruch erheben. Es kennt niemand absichtlich ins Unglück hinein, um später verständig als Krüppel anzujaulen. Es müssen also andere Ursachen zugrunde liegen. Zum Teil gibt sie der Bericht selbst an, indem er sagt, daß die „Er-ziehung“ unter den vielen Saisonarbeitern nicht leicht sei. Man müßte also künftig danach trachten, an die gefährlichsten Betriebsstellen ständige eingearbeitete Arbeitskräfte zu stellen. Das ist aber nicht die alleinige Ursache. Sind die Unfälle an jenen Stellen, die der Bericht als solche angibt, wo der Arbeiter vorwiegend freieren Spielraum hat, tatsächlich vom Willen der Arbeiter abhängig? Zum Beispiel Einsturz und Umsallen von Gegenständen. Wie soll der Arbeiter hierauf Einspruch haben? Gewiß, es kann in der Arbeits-methode liegen. Hat der Arbeiter hierüber allein zu be-stimmen? Arbeitsgewohnheiten spielen hier eine große Rolle,

Es wird gedrängt, es soll viel geschafft werden und all diese Dinge dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Es verlangt niemand, daß gegen die Vorschriften gearbeitet wird. Man drückt aber ein Auge zu, wenn es geschieht. Ist das Unglück da, dann hat der Arbeiter die Schuld. Für den Beamten der Berufsgenossenschaft mag es oft schwer sein, etwas anderes festzustellen. Hier kann nur die engste Fühlungnahme mit der Vertretung der Arbeiterschaft helfen.

Ähnlich verhält es sich mit Unfällen durch Fall von Leitern usw. Auch hier spielt doch das Arbeitsstempo, die Sicherung der Leiter und eine Reihe anderer Dinge eine Rolle. Wenn im Bahnbetrieb die Unfälle beträchtlich vermehrt sind, so sind auch diese Unfälle nicht auf das Schuldkonto der Arbeiter zu setzen. Die Frage steht vielmehr so, ob in den Zuckerfabriken beim Rangieren und bei all diesen Dingen immer mit der nötigen Vorsicht gearbeitet wird, die ein Bahnbetrieb erfordert. Es kann gesagt werden, der Arbeiter soll selbst Vorsicht walten lassen. Jeder Praktiker aber weiß, wie die Dinge hier manchmal laufen. Es soll geschafft werden, die Verladearbeit geschieht meistens in Akkord. Der Akkordsatz ist manches Mal so gestellt, daß bei vorschriftsmäßigem und vorsichtigem Arbeiten kaum ein annehmbarer Verdienst erzielt werden kann. All das spricht hier mit. Es geht also nicht an, dem Arbeiter — wenn auch nur indirekt — die Schuld an diesen Unfällen aufzubürden. Damit wollen wir nicht ausdrücken, daß die Arbeiterschaft am Unfallschutz nicht mitarbeiten soll, im Gegenteil, wir müssen von unseren Kollegen immer wieder fordern, daß sie dem Unfallschutz die größte Aufmerksamkeit widmen. Es darf nicht vorkommen, daß einem Verunglückten nachgesagt wird, er sei schuld an seinem Unfall, wie es nachstehendes Beispiel aus dem Bericht zeigt. Es heißt dort:

Auch das Anzünden des Kalkofens hat wieder ein Opfer gefordert. Der Verunglückte hatte sich, ohne, wie er Anweisung hatte, auf den Maschinenmeister zu warten, alleine auf die Sicht des am Vormittag angezündeten Kalkofens begeben, wo er kurze Zeit darauf tot aufgefunden wurde.

Es wird also hier im Bericht festgestellt, daß der Arbeiter gegen Vorschrift und Anweisung alleine die Sicht des Kalkofens beirät. Welche Nebenumstände dabei eine Rolle gespielt haben, mag der Berufsgenossenschaft gar nicht bekannt sein. Mögen die Dinge aber liegen wie sie wollen, unsere Kollegen in den Betrieben müssen künftig den Grundsatz verfolgen, nur genau nach den Unfallverhütungsvorschriften zu arbeiten, damit ihnen derartige Vorwürfe nicht gemacht werden können.

Der Bericht streift dann drei Unfälle, die wir in Nr. 49 des „Proletarier“, Jahrgang 1926, besprochen haben. Die Unfälle werden in dem Bericht anders dargestellt, als wir sie seinerzeit geschildert haben. Wir werden, da uns daran liegt, Unfälle zu verhüten und nicht nur Vorwürfe zu erheben, versuchen, den wirklichen Sachverhalt aufzuklären, soweit das noch möglich ist. Wir kommen dann auf diese Unfälle nochmals zurück. Eins aber kann schon heute gesagt werden. Auch der Bericht kommt in allen drei Fällen zu dem Ergebnis, daß hier eine Reihe Umstände zusammengekommen sind, um diese Unfälle herbeizuführen.

Von den entschuldigungsverpflichtigen Unfällen entfallen nach dem Berichte auf die Hauptbetriebe 291 und auf Nebenbetriebe 55 Unfälle. Auf dem Weg von und zur Arbeitsstelle 10 Schadenfälle. Die Schadenfälle in den Hauptbetrieben ereigneten sich: bei Waggonskippern, Elfa- und Dreienladung, bei Rübenzuckermöhlen und Waschküchen 22, auf Schneeböden 11, in Schlammprüferäumen 3, in Zuckerhäusern 78 — davon an Zentrifugen 9, in Kesselhäusern 18, in Kalkofengebäuden 9, bei elektrischen Anlagen 4, in Werkstätten 12, in Lagerräumen 28, in der Melassezuckerungsanstalt 1, im Knochenkohlenhanse 4, in den übrigen Fabrikräumen 50, auf dem Hofe 39, in Ställen 1, außerhalb des Gehöftes 9.

Von den 55 Schadenfällen in Nebenbetrieben ereigneten sich: in Trockenanlagen 5, auf Anschlußgleisen der Volkbahn 24, Kleinbahn 1, bei Feldbahnen 5, bei Drahtseilbahnen 1, bei Personen- und Lastkraftwagen 2, Honig- und Sombonfabriken 1, Schokoladenfabriken 2, Dampftrambetriebe 1, Dampfdrückerei 1, Kalksteinbruch 2.

Bei den Unfällen in den Hauptbetrieben stehen der Zahl nach in erster Reihe die Zuckerhäuser. Hier ereigneten sich 78 entschuldigungsverpflichtige Unfälle. Diese Ziffer zeigt unseren Kollegen, daß gerade hier die größte Unfallgefahr vorhanden ist. Hier muß also mit doppelter Vorsicht gearbeitet werden. Wer auch die übrigen angeführten Stellen lassen erkennen, wo jeweils die größte Unfallgefahr vorhanden ist. Die Bahnanschlässe, die man merkwürdigerweise als Nebenbetriebe zählt, weisen in den Nebenbetrieben die größte Unfallziffer auf. Auch hier gilt es, künftig das besondere Augenmerk auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu richten.

Der Bericht gibt dann noch eine Übersicht über 19 Schadenfälle, bei denen die Ursachen aufgeklärt sein sollen. Demnach sind von diesen 19 Schadenfällen zurückzuführen auf

- mangelhafte Betriebsanweisung 5 Fälle
- fehlende oder ungenügende Schutzvorrichtungen 1 Fall
- Ungeklärtheit, Unachtsamkeit, Unberedigkeit 6 Fälle
- Handeln wider Vorschriften oder Anweisung 2 Fälle
- mangelhafte Betriebsanweisung 2 Fälle
- höhere Gewalt, Zufälligkeiten und Witterungseinflüsse 3 Fälle

Diese Feststellungen sind teils auf Grund von Unfalluntersuchungen, teils gelegentlich von Betriebsbesichtigungen gemacht worden. Aus erscheint diese Zusammenstellung etwas willkürlich. Von den 19 Fällen werden also 8 Fälle auf Ungeklärtheit, Unachtsamkeit, Unberedigkeit und Handeln wider Vorschriften und Anweisung zurückgeführt. Es muß die Frage aufgeworfen werden: Haben bei der Feststellung dieser Ursachen auch Vertreter der Arbeiter mitgewirkt? Wenn nicht, dann erscheint es uns begründet, daß die Betriebsleitungen auch der Unfallberufsgenossenschaft gegenüber versuchen, möglichst alle anderen Umstände, nur nicht die Betriebsanweisungen für die Unfälle verantwortlich zu machen; denn für die Betriebsanweisungen tragen sie ja die Verantwortung. Nur wenn diese Feststellungen im engen Einver-

nehmen auch mit der Arbeiterschaft gemacht werden, wird es möglich sein, die wirklichen Unfallursachen zu ergründen. Es wird auch dann oftmals noch nicht, weil diejenigen, die wirklich Aufklärung geben könnten, bei tödlich verlaufenen Unfällen nicht mehr da sind. Zum Teil liegt es aber auch so, daß die am Leben bleibenden Opfer der Unglücksfälle nicht selten Nachteile für sich befürchten, wenn sie den Sachverhalt wahrheitsgemäß schildern.

Alles das darf uns aber nicht abhalten, mehr als bisher dem Unfallschutz unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie kann nur dann auf Durchführung des notwendigen Unfallschutzes rechnen, wenn sie selbst dem Unfallschutz das nötige Interesse entgegenbringt. C. C.

Wie die preussische Justiz Vertreter der Arbeitszeitgesetz freispricht.

820 Überstunden in vier Monaten stellen nach Ansicht des Amtsgerichts Altona keine Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit nach der Verordnung vom 21. Dezember 1923 dar.

Der Inhaber der Firma A. Wollgast, Fischhaus, Wollgast und Fischräuchererei, Altona, Gr. Gärtnerstraße 104, hatte sich vor dem Amtsgericht Altona wegen Übertretung der Verordnung verantworten. Vielleicht wäre die Sache überhaupt nicht vor dem Rade gekommen, wenn nicht ein Rädler, der 6 1/2 Jahre bei der Firma beschäftigt war und der sich durch die ungesunde Beschäftigung eine Krankheit zugezogen hatte, einen Anspruch auf Ferien, die gemäß Tarif der Arbeitgeber verpflichtet ist, zu zahlen, verweigert erhalten hätte.

Der Betriebsobmann hat daraufhin eine Anzeige bei der Gewerbeaufsichtsbehörde erstattet. Die Behörde hat nun festgestellt, daß in den Monaten November, Dezember 1926 und Januar, Februar 1927 von dem Rädler 820 Überstunden laut Auszug aus der Lohnliste gemacht worden sind. Der Angeklagte, der selbst nicht erschienen war, wurde durch die Rechtsanwälte Dr. S. Weber und Mengers vertreten. Als Sachverständige waren erschienen: Generalsekretär Stahmer, Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Fischräucherereibesitzer Schuber und von der Gewerbeaufsichtsbehörde Dr. Wiedfeld, als Zeuge der entlassene Rädlerer Kruse.

Da es sich um Verstoß gegen die Schutzparagraphen für die Arbeiterschaft handelt, wäre es wohl richtiger gewesen, wenn das Gericht neben den Interessenvertretern der Arbeitgeber auch einen Arbeitnehmervertreter als Sachverständigen geladen hätte.

Der Zeuge Kruse sagte aus, daß wegen Verweigerung von Überarbeit drei Männer entlassen worden seien und daß, wenn er diese Überstunden nicht gemacht hätte, ihm das gleiche Los getroffen haben würde. Außerdem war noch eine kleine Differenz zwischen den Angaben der Überstunden des Rädlerers und der Gewerbeaufsichtsbehörde. Die Behörde hatte noch mehr Stunden festgestellt. Die Überstunden erstreckten sich auf Wochen- und Sonnabend. Daß die Sonntagsarbeit einer besonderen Genehmigung bedarf, wurde von den Vorstehenden des Gerichts überhaupt nicht untersucht. Herr Doktor Wiedfeld von der Gewerbeaufsichtsbehörde konnte nur bestätigen, daß derselbe mit Herrn Dr. Koch zusammen die Lohnlisten durchgesehen hätte und daß sich diese Überstunden auf die angegebene Zeit beziehen.

Es sind bis zu 102 Arbeitsstunden die Woche geleistet worden. Um einen Einzelfall hat es sich nicht gehandelt, sondern es war eine dauernde Überschreitung, die die Bestrafung zur Folge haben mußte.

Herr Stahmer hielt dem Gericht zunächst einen besonderen Vortrag über die Verderblichkeit der Ware und erklärte, daß in dieser Zeit kolossale Anfahrten an den Markt vorhanden gewesen seien. Mit einer achtstündigen Arbeitszeit könne man in der Fischindustrie nicht auskommen. Deswegen hätten sie einen großen Gebrauch von den Ausnahmebestimmungen gemacht. Als Beweis seiner Ausführungen insbesondere legte er eine Antwort auf eine Beschwärdenchrift, die an den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe von den Angeklagten von Wefermann gemacht worden, vor. Von der Arbeiterschaft würden diese Überstunden sogar angerechnet gern verrichtet. Herr Stahmer war der Meinung, wenn es zu keiner Differenz gekommen wäre, daß dann auch Kruse noch gern weiter gearbeitet hätte.

Auf Befragen des Richters erklärte Kruse, daß er von morgens 4 Uhr bis nachts 11 Uhr im Betriebe tätig gewesen sei.

Weiter führte Stahmer an, ein Zweischichtensystem könne nicht eingeführt werden und wäre auch mit sehr vielen Umständen verbunden, da Rädlerer sehr knapp seien. Herr Schuber schloß sich dem Entschließen des Herrn Stahmer vollständig an.

Der Herr Staatsanwalt weist darauf hin, daß eine Mehrarbeit schon durch den Tarif für den Notfall vorgezogen sei. Es dreht sich hierbei aber um die Frage der dauernden Mehrarbeit. Das Gesetz kann durch einen einzelnen Arbeitgeber nicht geändert werden und es müßte daher eine Bestrafung erfolgen. Er beantragte 150 Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger erklärt, daß er sich den vorstehenden Ausführungen des Sachverständigen Stahmer anschließe, da das Motiv, welches den Angeklagten geleitet hat, volkswirtschaftlicher Natur, also für die Ernährung unseres Volkes gemein sei. Die Anfahrten müssen verarbeitet werden. Das läge im Interesse der Volkswirtschaft. Die Arbeit als Rädlerer ist keine anstrengende, sondern es sind fortwährende Anspannungen vorhanden. Wenn das durchgeführt würde, was im Gesetz steht, was gar nicht möglich ist, so würde eine Erschütterung auf dem Arbeitsmarkt eintreten und auch in der Zeit der Konjunktur müßten dann die Arbeitnehmer immer wieder entlassen werden. Hier hätte der Angeklagte nur seine Pflicht gegenüber der Volkswirtschaft getan und er ersuche um Freisprechung.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und bekannte im besonderen: Es handelte sich nicht um einen Dauerzustand.

Die Ausführungen der Verteidigung und des Sachverständigen hatte sich der Herr Vorsitzende in der Begründung seines Freispruches zu eigen gemacht.

Der namenschliche Ansehen der Arbeiterschaft der wirtschaftlich Schwachen, für die die Schutzparagraphen geschaffen worden sind, wird durch eine solche Gerichtsbarkeit Tor und Tür geöffnet. Eigenartigerweise kommt es bei der Preispolitik, die der Herr Sachverständige vertritt, momentanisch dann, wenn es gilt, bessere Preise für die Ware zu erzielen, gar nicht auf die Verderblichkeit der Ware an; aber zur Begründung einer 15stündigen Arbeitszeit muß die leichte Verderblichkeit der großen Zufuhren herhalten.

In keinem Gewerbe ist ein so großer Wechsel innerhalb der Arbeiterschaft vorhanden, als in der Fischverarbeitung. Das ist nicht darauf zurückzuführen, daß wie der Herr Verteidiger behauptet darzustellen, von einer wirklichen Arbeit nicht gesprochen werden kann, sondern vielmehr darauf, daß die Gesundheit durch die rasche und schwangere Arbeit und in der von Rauchschwaden geschwängerten Luft außerordentlich leidet. Tatsache ist, daß Arbeiter erst dann in einer Fischindustrie Arbeit annehmen, wenn ihnen das Meßerander-Klebschiff

Durch ein derartiges Urteil werden die Arbeitgeber direkt zur Gesetzesübertretung angefordert.

Für die Arbeiterschaft bedeutet ein solches Urteil: Wollt ihr euch und eure Familie schützen, so kauft euch nicht an Gesetzesparagraphen, sondern schließt euch der zuständigen Organisation an und zeigt durch eure Schlossenheit, daß ihr in der Lage seid, euch selbst zu helfen.

Lebende Industrien

Lohnbewegung der Krabben-Heimarbeit.

Schon in der Vorkriegszeit hatte in einigen Gebieten der Krabbenindustrie der organisatorische Gedanke unter den Heimarbeitern festen Fuß gefaßt. Am 2. Mai 1914 haben die Krabbenheimarbeiter in Marne und Umgebung mit den dortigen Arbeitgebern nach einer vorausgegangen Arbeitsniederlegung unter der Führung unserer Gauleitung Hamburg nachstehenden Vertrag abgeschlossen:

Für 10 Pfund Schalkrabben werden bei einem Mindestgewicht von 3 Pfund Fisch 35 Pfennig bezahlt und für jedes Sechstel Pfund Meergewicht 2 Pfennig vergütet.

Dieser Vertrag, der nur die Lohnregelung vorsah, hat mittlerweile eine Umgestaltung erfahren. Neben der Lohnregelung ist in freier Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und unserem Verband auch die Regelung sonstiger Arbeitsbedingungen getreten, so daß der Tarifvertrag für die Krabben-Heimindustrie Marne und Umgebung seit dem 9. April 1926 folgenden Inhalt bekommen hat:

Zwischen den Krabbenkonservenfabriken in Marne und Umgebung und dem Fabrikarbeiterverband, Van 15, St. Hamburg, wird mit dem heutigen nachstehender Vertrag abgeschlossen:

1. Der Entschällohn für 1 Pfund Schalkrabben beträgt von Anfang der Saison bis zum Schluß 6 Pfennig (Sech 2 Pfennig). Im Falle einer eintretenden Teuerung oder Verbilligung werden Verhandlungsmöglichkeiten vorbehalten.
2. Für jedes 1/10 Pfund Meergewicht erhalten die Schaler 3 Pfennig. Die Krabbenfabrikanten behalten sich vor, für 1/10 Meergewicht 1/10 zu kürzen.
3. Für abgelieferte Schalen erhalten die Entschäler 4 Pfennig pro Pfund vergütet.
4. Die Fabrikanten verpflichten sich, nur gut geleschte und gut gekochte Krabben zu verarbeiten.
5. Es dürfen nur an organisierte Schaler Krabben verarbeitet werden. Nur dann kann der Verband es übernehmen, die Krabben restlos zu entschälen. Als Organisationsgebiet ist zu betrachten: Marne und Umgebung, St. Michaelstoborn, Neufeld und Friedrichshoog.
6. Möglichst ist darauf zu achten, daß Sonntagsruhe gehalten wird.
7. Bei Streitfällen entscheidet ein eingesehter Schlichtungsausschuß, wobei jeweilig ein unparteilicher Vorsitzender zugezogen wird.
8. Der Vertrag basiert auf Goldpfennige und läuft stillschweigend weiter, wenn keine Verhandlungsnotwendigkeit vorliegt.

Marne, dem 9. April 1926.

Für die Krabbenkonservenfabrikanten: gez. Unterschriften.

Für den Verband der Fabrikarbeiter: gez. Unterschriften.

Dieser Vertrag hatte bisher nur Geltung für das Gebiet Marne. Für die Gebiete Wäsum, Lönning und Rurhafen bestand keine tarifliche Regelung, weil es dort die Heimarbeiter seit Jahren nicht für nötig gehalten haben, sich ihrer zuständigen Gewerkschaft anzuschließen. Die Entlohnung war dort eine willkürliche.

Im März d. J. hatte sich unter kommunistischer Führung eine Krabbenchälervereinigung für das Dittmarsche Gebiet in Wäsum gegründet. Schon Ende Juni wurde von dieser Vereinigung der Streik für sämtliche Krabbenchäler im Dittmarschen Gebiet proklamiert. Die Forderung betrug 8 Pfennig für ein Pfund zu entschälenden Krabben. Trotz des Streiks weigerten sich die Arbeitgeber, auch nur einen Pfennig Lohn-erhöhung zuzugestehen.

Mittlerweile hat sich unsere Gauleitung in Hamburg der Lohnbewegung der Krabbenchäler im Dittmarschen Gebiet angenommen. Zur Beilegung des Streiks hatte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in Neumünster die Parteien zum 11. August nach Wäsum zur Verhandlung eingeladen. Als Vertreter der Krabbenheimarbeiter waren die Gau- und Zentralbranchenleitung unseres Verbandes anwesend. Zu einem Abschluß in freier Verhandlung waren die Fabrikanten nicht zu bewegen. Der im Anschluß an diese Verhandlung folgende Schlichtungsausschuß fällt stimmungsgemäß folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeit wird umgehend wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt.
2. Der Schällohn wird von 6 Pfennig auf 8 Pfennig pro Pfund Krabben erhöht.
3. Es wird den Parteien aufgegeben, in aller Kürze einen Tarifvertrag für das gesamte Krabbenchälengebiet abzuschließen.

Mit diesem Schiedsspruch ist der Weg frei, zu einem einheitlichen Lohn- und Rahmentarif für das gesamte Krabbenheimarbeitersgebiet zu kommen.

Am 11. und 12. August fanden im Anschluß an das Ergebnis vor dem Schlichtungsausschuß Versammlungen in Wäsum, Marne und Lönning statt. In Wäsum und Lönning wurden neue Zahlstellen für unseren Verband eingerichtet. Die Angehörigen der Krabbenchälervereinigung trafen vollständig als Mitglieder in unseren Verband ein.

Ein erster Schritt, zu einem Bezirksrat in der Krabbenindustrie zu kommen, ist getan. Die Löhne sind nunmehr beizuhalten durch Schiedsspruch festgelegt. Noch fehlt aber die Anerkennung der Mantelbestimmungen des Krabbenchälertarifs für den gesamten Bezirk. Das ist die nächste Aufgabe. Sie kann erfüllt werden, wenn die Krabbenheimarbeiter frei zu ihrer wirtschaftlichen Organisation, dem Verbands der Fabrikarbeiter, stehen.

Literarisches.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung: Kurt Heintz, Berlin. Juli/Augustheft 1927. Verlag: Karl Zwarg, Verlagshandlung Jena. Monatlich 1 Heft. Wertefahrsabonnement 2 Mk. Der W.-I.-D. ist eine beachtenswerte Quelle zur Ergänzung von Wirtschaftskemnissen.